



Stipendien-Aufenthalt in  
Nicaragua

vom 29. Dezember 2016 bis zum 4. Februar 2017

## **Panama 2.0 – Ein Kanal entzweit Nicaragua**

Von Philipp Jahn

Nicaragua, vom 29. Dezember 2016 bis zum 4. Februar 2017



# Inhalt

1. Zur Person
2. Kleines Land – Mega-Projekt
3. Das Original
4. Der Startpunkt
5. Die Firma
6. Die Insel
7. Das Gesetz
8. Der Sänger
9. Die Fischer
10. Der Namensvetter
11. Der Revolutionär
12. Der Deutsche
13. Die Ureinwohner
14. Fluch oder Segen?

## 1. Zur Person

Lateinamerika begleitet mich seit dem Ende der 1990er Jahre. Der Wunsch, Spanisch zu lernen, und der Wunsch, das nicht in Spanien zu tun, haben mich damals, nach Abitur und Zivildienst, für ein Dreivierteljahr nach Mexiko gebracht. Dort lernte ich mehr als nur Spanisch. Ich lernte ein faszinierendes Land kennen und damit auch eine faszinierende Region. Ich lernte die anscheinend unerschütterliche Lebensfreude der Menschen kennen und ihre unendliche Kreativität, das lateinamerikanische Chaos zu meistern. Seitdem zieht es mich immer wieder in die Länder zwischen dem Rio Grande und Feuerland.

Nur die Chance, über Lateinamerika zu berichten, hatte ich bisher kaum – auch weil die Region viel zu selten im Fokus deutscher Auslandsberichterstattung steht. Seit dem Volontariat beim WDR habe ich vor allem für aktuelle Sendungen in der ARD gearbeitet: Weder im Programm des ARD-Morgenmagazins noch beim Politmagazin Monitor spielte Lateinamerika eine große Rolle. Und bei meiner derzeitigen Arbeit als NRW-Reporter für Tagesschau, Tagesthemen und die anderen aktuellen Sendungen in der ARD ist Lateinamerika noch ein ganzes Stück weiter weg. Umso mehr habe ich mich gefreut, mit dem Stipendium der Heinz-Kühn-Stiftung die Möglichkeit zu bekommen, in Nicaragua zu recherchieren.

## 2. Kleines Land – Mega-Projekt

Nicaragua hat rund sechs Millionen Einwohner und ist ungefähr so groß wie Bayern, Baden-Württemberg, Hessen und das Saarland zusammen. Oder auch: So klein. Mehr als die Hälfte der Nicaraguaner sind arbeitslos oder unterbeschäftigt, viele arbeiten im sogenannten informellen Sektor. Das heißt, sie verkaufen zum Beispiel Wasserflaschen an Ampelkreuzungen. Das Pro-Kopf-Einkommen liegt bei weniger als 170 Dollar im Monat. Damit ist Nicaragua nach Haiti das zweitärmste Land Lateinamerikas. Das ist die eine Seite.

Auf der anderen Seite steht das größte und teuerste Infrastrukturprojekt der Welt: Der „Gran Canal Interoceánico“, der Große Interozeanische Kanal, der mitten durch das kleine Land führen und Atlantik und Pazifik miteinander verbinden soll. Kosten soll das gigantische Bauwerk mindestens das Vierfache der jährlichen Wirtschaftskraft des Landes. Fünf Milliarden Kubikmeter Erde müssten dafür abgeräumt werden. Nach der Rechnung eines Journalisten ließe sich damit ganz Manhattan bis zur 21. Etage des Empire State Buildings bedecken. Es wäre die wahrscheinlich größte Grabung

der Menschheitsgeschichte. Nicht umsonst überbieten sich die Superlative: Vom „Mega-Projekt des 21. Jahrhunderts“ ist die Rede und von der „Seidenstraße des 21. Jahrhunderts“. Und doch nimmt der Rest der Welt vergleichsweise wenig Notiz davon.

Die Idee eines Kanals durch Nicaragua ist Jahrhunderte alt. Schon die spanischen Kolonialherren sahen eine Chance, das Gold, das sie den Ureinwohnern in Süd- und Mittelamerika geraubt hatten, schneller nach Europa zu verschiffen. Auch Alexander von Humboldt, der weltreisende Universalgelehrte, hielt das Land für den idealen Ort für eine künstliche Wasserstraße zwischen den Ozeanen. Und die USA hatten mit Nicaragua sogar mehrere Verträge über einen Kanalbau abgeschlossen, bevor sie sich im letzten Moment dann doch für Panama entschieden. Insgesamt soll es mehr als 70 Anläufe gegeben haben, die Idee zu verwirklichen. Und auch wenn Nicaragua jedes Mal leer ausging – der Traum hatte sich festgesetzt und blieb.

Angeblich hat in den vergangenen Jahrzehnten jeder nicaraguanische Staatspräsident den Kanal auf seine Agenda gesetzt – und dann irgendwann wieder runtergenommen, weil er sich nicht finanzieren ließ. Jetzt soll ein chinesisches Unternehmen, das eigens für diesen Zweck gegründet wurde, endlich dafür sorgen, dass der alte Traum wahr wird. Und nicht nur das: Der Kanal soll dem Land eine stabile Einnahmequelle bescheren, so die Vorstellung der Regierung. Zehntausende Jobs sollen während der Bauarbeiten entstehen, 200.000 sogar, wenn der Kanal eines Tages fertig und im Betrieb ist. Das soll die Wirtschaft des Landes ankurbeln. Nicht weniger als ein Leben ohne Armut, verspricht der Präsident. Einer seiner Berater glaubt sogar, dass Nicaragua das alles überhaupt nur mit dem Bau eines Kanals erreichen könne.

Eigentlich sollte dieser Text eine journalistisch ausgewogene Reportage werden. Über die, die den Kanal planen und bauen. Über die, die das Projekt ablehnen und dagegen mobil machen. Über Kanalgegner und Befürworter in der Bevölkerung. Recht bald ist mir klargeworden – oder vielmehr klargemacht worden –, dass das nicht möglich sein wird. Die Hinweise waren ebenso eindringlich wie praktisch: Notizbücher immer verstecken, Texte und Fotos sofort in die Cloud hochladen, den Kanal gegenüber Behörden und Offiziellen niemals ansprechen, in Polizei und Armeekontrollen möglichst unauffällig verhalten.

Wenn es um das Prestigeprojekt geht, reagiert das Regime in Nicaragua sehr empfindlich. Wer offen gegen den Kanal auftritt, riskiert seine Gesundheit: Immer wieder sind Sicherheitskräfte bei Demonstrationen brutal gegen die eigene Bevölkerung vorgegangen. Sie haben nicht einmal davor zurückgeschreckt, eine Brücke zu sprengen, um Kanalgegner daran zu hindern, an einer Demonstration teilzunehmen. Und auch wer zu viele Fragen stellt,

geht ein Risiko ein: Dutzende ausländische Reporter, Fotografen und Wissenschaftler, die sich mit dem Kanal beschäftigt haben, sind in den vergangenen Jahren festgesetzt und ohne große Umschweife des Landes verwiesen worden. Also habe ich mich während der Reise möglichst bedeckt gehalten, war nach außen hin als normaler Rucksackreisender unterwegs. So ist die Reportage am Ende vor allem ein Text über die Kanalgegner geworden.

Panama reloaded – so wird das nicaraguanische Kanalprojekt auch genannt. Dabei wäre der Nicaragua-Kanal wohl eher so etwas wie Panama XXL: Fast 280 Kilometer lang und bis zu 520 Meter breit. Wogegen die Nicaraguaner wohl nichts hätten, wäre, wenn sich die Erfolgsgeschichte des noch kleineren Nachbarn im Südosten in ihrem Land wiederholen würde. Durch die Entscheidung der US-Amerikaner, ihren Kanal durch Panama zu graben, ist das Land zum reichsten Staat der Region geworden, mittlerweile sogar zum zweitreichsten in ganz Lateinamerika. Dort, wohin Nicaragua seit Jahren neidisch schielt, habe ich deshalb meine Reise begonnen.

### 3. Das Original

Die beiden Männer an Bord der „Fantasía del Mar“ erscheinen mit ihren großen, massigen Körpern so unumstößlich, wie das Selbstbewusstsein der Panamaer gegenüber der möglichen Konkurrenz im Nordwesten. Tag für Tag fahren sie den Panama-Kanal auf und ab – der eine auf der Brücke, der andere am Mikrofon.

Die Stimme, die etwas zu laut aus dem Bord-Lautsprecher knarzt, gehört Juan Carlos. Die Fläche der Schleusen so groß wie mehrere Fußballfelder; gerade einmal acht Minuten, bis sie sich mit Wasser gefüllt haben; mit so viel Wasser wie in mehr als 80 olympische Pools passt – Juan Carlos hat jede Menge Superlative auf Lager, die er den etwa 150 Passagieren auf dem 40 Jahre alten Touristenschiff mit donnernder Stimme präsentiert. Und er wiederholt sie gleich noch einmal, fast wort- und immer witzgleich, auf Englisch. Auch heute fährt Juan Carlos die gut 80 Kilometer lange Wasserstraße entlang, die Pazifik und Atlantik miteinander verbindet, zwischen all den großen Pöten. Nach getaner Arbeit sitzt er jetzt an einem Plastiktisch am Heck, trinkt eine Dose Ginger Ale und raucht zwei Zigaretten.

Was sie da in Nicaragua planen, scheint Juan Carlos nicht besonders zu interessieren. Nicht dafür und nicht dagegen sei er. Ja, wahrscheinlich wäre ein Kanal gut für Nicaragua, er könnte viele Arbeitsplätze dort schaffen. Aber Konkurrenz für Panama? Nein, das hält er für ausgeschlossen. Er hat eine einfache Rechnung parat: „Den Kanal in Nicaragua zu bauen, ist so

teuer, dass es 25 Jahre dauern würde, ihn zu refinanzieren – wenn sämtlicher Verkehr aus dem Panama-Kanal von einem auf den anderen Tag über Nicaragua laufen würde.“ Zudem fehle es Nicaragua an Fachkräften für so ein Projekt, die müssten alle eingekauft werden. Sein Fazit deshalb: „Wahrscheinlich wird es den Kanal nie geben.“

Das glaubt auch der Lotse an Bord, der seinen Namen besser nicht sagen will. Ein Kanal in Nicaragua? „Das wird nicht passieren“, sagt er, „nicht in meinem Leben.“ Er fände es auch dämlich, dafür den Nicaragua-See auszubaggern, Trinkwasser sei doch das allerwichtigste. Und im Übrigen hält er das ganze Vorhaben sowieso nur für Propaganda und keine echte Konkurrenz. „Der Panama-Kanal führt nach Abzug aller Kosten jedes Jahr mehr als eine Milliarde an den Staat Panama ab“, rechnet der Lotse nicht ohne Stolz vor. „Ich bin zwar nur ein Lotse, was weiß ich schon vom Welthandel.“ Aber wenn der Kanal in Nicaragua mit Niedrigpreisen um die Ecke käme, dann zahlten sie halt nur noch die Hälfte an den Staat und senkten die Preise. „In der Wirtschaft geht es doch immer nur ums Geld.“

Welche Bedeutung der Kanal für das kleine Land hat, wird bei einem Besuch der Kanalbehörde augenscheinlich. Wie eine Burg thront das wuchtige Gebäude der „Autoridad del Canal de Panamá“ auf einem Hügel – mit Blick auf das südliche Ende des Kanals. Mehr als 100 Stufen muss der Besucher erklimmen, wenn er die Herren über den Kanal sprechen will. Der Kanal gehört nicht dem Staat, er gehört sich selbst. Aber er ist Gold wert für den Staat, so etwas wie seine wirtschaftliche Lebensader: Die Direktzahlungen, die der Panama-Kanal an den Staat Panama überweist, machen einen erheblichen Teil der Staatseinnahmen aus und tragen auch dazu bei, dass Panama mittlerweile zum zweitreichsten Land in Lateinamerika geworden ist. Zudem ist die Kanalverwaltung nach der öffentlichen Verwaltung der größte Arbeitgeber des Landes.

Das Gebäude ist fast 103 Jahre alt, genauso alt wie der Kanal. In der kupelgekrönten Eingangshalle erzählen riesige Wandgemälde von der schier übermenschlichen Anstrengung, den Kanal vor mehr als 100 Jahren zu bauen – durch dichten Dschungel und durch die kontinentale Wasserscheide. Büsten erinnern an die Urväter des Kanals, den US-Präsidenten Theodore Roosevelt und den französischen Unternehmer Ferdinand de Lesseps. Plaketten, von mehreren Ingenieur-Organisationen verliehen, würdigen die weltberühmte Wasserstraße als „Ingenieur-Wunder“. Das macht selbstbewusst: Obwohl Nicaragua weiter nördlich liegt und sich die Seefahrer mit einem Kanal dort nochmal einige hundert Seemeilen sparen könnten, fürchten die Kanalmanager hier nicht, dass ihnen das Projekt die Kundschaft klaut. Sie bezweifeln, dass der Kanal in Nicaragua wirtschaftlich gebaut und betrieben werden könne.

Panama ist stolz auf seinen Kanal. Kein Wunder, ohne die weltberühmte Wasserstraße wäre der schmale Streifen, der Südamerika und Nordamerika aneinander festhält, wohl kaum so präsent auf der Landkarte. Im Besucherzentrum Miraflores ist der Stolz der Panamaer zum Museum geworden – und zum Touristenmagnet mit hunderttausenden Besuchern pro Jahr. Auf mehreren Stockwerken und mit viel Tamtam feiern sie hier die gewaltige Ingenieurleistung. Maschinen-Modelle zeigen, mit welcher Technik die Wasserstraße vor mehr als 100 Jahren gebaut wurde. Präparierte Tiere die Artenvielfalt in der Kanalzone. Und die Superlative auf den Texttafeln können es ohne Probleme mit denen von Juan Carlos auf der „Fantasía del Mar“ aufnehmen.

Die Aussichtsterrasse des Besucherzentrums gibt einen Einblick in den komplizierten Schleusenvorgang. In drei Schritten müssen die Schiffe 26 Meter nach oben auf das Niveau des Kanals oder nach unten auf Meereshöhe geschleust werden. Zentimeterarbeit in den mehr als 100 Jahre alten Schleusenammern. Deutlich jünger sind die PS-starken Lokomotiven, die rechts und links die Schiffe in die Becken hineinziehen. „Mulis“ werden sie auch heute noch genannt, weil diese Tiere den Job früher erledigt haben. Etwa 40 Schiffe durchfahren den Kanal jeden Tag, das sind rund 15.000 pro Jahr. Mehrere hunderttausend Dollar kostet eine Durchfahrt, je nach Art und Größe des Schiffes und abhängig von seiner Fracht. Viel Geld, für das die Seefahrer aber „die vielleicht beste Abkürzung der Welt“ bekommen: Statt der langen Reise um das Kap Hoorn dauert die Fahrt durch den Kanal nur einen halben Tag.

Weit hinter den alten Schleusen ist die nagelneue Erweiterung des Kanals zu erkennen. Und beim Anblick der gigantisch großen neu gebauten Schleusenanlage wird klar, was sich Nicaragua da vorgenommen hat: Bis zu 40.000 Arbeiter haben hier 150 Millionen Kubikmeter Erde und Geröll abgeräumt, zwölf Millionen Tonnen Zement und mehr als 190.000 Tonnen Stahl verbaut. Die neuen Schleusen sind 420 Meter lang, 55 Meter breit und mehr als 18 Meter tief, die Schleusentore bis zu 33 Meter hoch und bis zu zehn Meter dick. Gekostet hat das alles mindestens 5,25 Milliarden Dollar und neun Jahre gedauert, es zu bauen. Dem Ausbau hatte die Bevölkerung ein Jahr vor Baubeginn in einem Referendum zugestimmt.

Im Juni 2016 durchfuhr das erste Schiff der sogenannten „Postpanamax-Klasse“ den Kanal – Schiffe, die dreimal so viele Container transportieren können und diesen Namen tragen, weil sie vor der Erweiterung zu groß für den Panama-Kanal waren. Durch die neuen Schleusenanlagen passen jetzt 96 Prozent aller weltweit fahrenden Schiffe. Damit ist der alte Kanal, das Ingenieurwunder des beginnenden 20. Jahrhunderts, fit für die Zukunft im 21. Jahrhundert.



Und in Richtung Nicaragua sagt der Lotse auf der „Fantasía del Mar“: „Wir konkurrieren nicht!“ Sie müssten ihren Kanal erst einmal bezahlen und dann ans Laufen bringen. „Dieser Kanal hier ist bezahlt und er läuft. Wir haben hundert Jahre Erfahrung damit, wir sind ihnen hundert Jahre voraus.“

#### 4. Der Startpunkt

Der Anfang zumindest ist gemacht. Er ist nur ein paar Meter breit und ziemlich staubig. Eine Straße, die diesen Namen kaum verdient, unweit der Pazifikküste südlich der kleinen Stadt Tola. Sie ist das einzige, das vom Mega-Projekt „Gran Canal Interoceánico“, dem Großen Interozeanischen Kanal, bisher zu sehen ist. Vorher sei das hier ein schmaler Weg in sehr schlechtem Zustand gewesen, erzählen die Leute, die in der Gegend wohnen.

Nach dem offiziellen Start des Kanalbaus Ende 2014 sind dann die Baufahrzeuge angerückt. Auf der Länge von ein paar Kilometern ist aus dem schmalen, schlechten Weg ein doppelt so breiter, immer noch nicht besonders guter geworden. Das einzige, was sie ordentlich gemacht haben, sagen sie hier, sei die Stromleitung. Stabile Betonpfähle haben die hölzernen Vorgänger ersetzt. Angeblich soll dieses kurze, staubige Stück Straße 200 Millionen Dollar gekostet haben – Geld, für das man in Deutschland zehn bis 20 Kilometer Autobahn bauen könnte.

Die Straße führt Richtung Brito, einer winzigen Fischersiedlung am Pazifik, an jener Stelle, wo der Kanal eines Tages in den Ozean münden soll. Dieser fast unbesiedelte Ort sollte der Ausgangspunkt für den Kanalbau werden. Zunächst sollten hier Schwimmbagger die Bucht vertiefen. Dann ein Hafen-Kai entstehen, um riesige Baumaschinen aus China auszuladen. Und schließlich aus dem Kai nach und nach ein Tiefseehafen werden. Passt ist davon: Nichts.

Vielleicht ging es also beim Bau der Straße vielmehr darum, die rund 2.000 Hektar große Finca „Miramar“ zu erschließen. Früher hat sie der hochkorrupten Somoza-Familie gehört, die das Land mehr als vier Jahrzehnte lang beherrscht hat – mit eiserner Hand und mit Hilfe der brutalen Guardia Nacional. Der letzte Somoza, Anastasio Somoza Debayle, der 1979 nach einem mehrjährigen Bürgerkrieg von der Macht und aus dem Land vertrieben wurde, hatte nicht einmal davor zurückgeschreckt, nach dem schweren Erdbeben von 1972 internationale Hilfsgelder in die eigene Tasche umzuleiten. Heute gehört die Finca dem aktuellen Präsidenten, Daniel Ortega. „Von einem Diktator zum nächsten“, ist der bittere Kommentar mancher Menschen hier.

Ende Dezember 2014 wurde auf der Finca der Baubeginn des Mega-Projekts gefeiert. Bei der Unterschrift unter den Konzessionsvertrag ein halbes Jahr vorher hatte Ortega einen „Aufbruch ins gelobte Land“ und nicht weniger als „Wohlstand und Glück für alle Nicaraguaner“ versprochen. Dazu prognostizierte er wahre Wunderdinge, die der Kanal innerhalb kürzester Zeit vollbringen sollte: Das Bruttoinlandsprodukt werde sich in wenigen Jahren mehr als verdoppeln, von gut elf Milliarden auf 24 Milliarden Dollar, das Wirtschaftswachstum sogar von 4,2 auf sagenhafte 14,6 Prozent steigen.

Zur feierlichen Zeremonie, mit der all das beginnen sollte, waren neben der Präsidenten-Familie und dem chinesischen Investor ganze Busladungen an Ehrengästen und Journalisten angereist, viele davon aus China. Gut zwei Jahre später grast ziemlich unbeeindruckt von dem, was hier einmal entstehen soll, eine Herde Kühe auf der weitläufigen Wiese. Der erste Spatenstich von Dezember 2014 ist bislang auch fast der letzte geblieben.

Die Regenzeiten der vergangenen Jahre haben der neuen Straße zugeetzt. Nach ein paar Kilometern verengt sie sich wieder auf ihre ursprüngliche Breite. Grund dafür ist eine alte Brücke, die über ein trocken liegendes Flussbett führt. Drei reichlich schief stehende Betonpfeiler halten den rostigen Stahl-Unterbau, auf dem dicke Holzplanken liegen. Schon auf den ersten Blick ist klar: Hierüber werden ganz sicher keine schweren Baufahrzeuge rollen. Für die Kanalgegner ist das der Beweis, dass es keinen Kanal geben wird: Wer wolle, dass hier tatsächlich schwere Baufahrzeuge entlang rollen, der baue doch auch eine Brücke! Und so rollt statt großer Kanalbaufahrzeuge ab und zu ein Motorrad oder ein Ochsen-Fuhrwerk über diese staubigen Kilometer, die der Anfang eines gigantischen Mega-Projekts sein sollen.

## 5. Die Firma

Das Unternehmen hinter dem Mega-Projekt ist ein Mysterium. Sein Name ist HKND, was für „Hong Kong Nicaragua Canal Development Investment“ steht. Es ist Teil eines Konglomerats von mehr als einem Dutzend Firmen, die in Hongkong, Peking, Nicaragua, den Niederlanden und auf den Cayman-Inseln sitzen und alle nicht älter als ein paar Jahre sind. Sein Chef ist der chinesische Unternehmer Wang Jing. Darüber hinaus, über Aktionäre und Kapital zum Beispiel, ist wenig bekannt.

Auch der Blick auf die Internetseite der Firma verrät nicht allzu viel mehr: Dort kommt dem Betrachter zunächst ein riesiges, vollbeladenes Container-Schiff entgegen. Dynamisch pflügt der Frachter durch die Wellen, über ihm kreisen drei Möwen im Wind. Dazu der Slogan: „Der jahrhun-

dertealte Traum wird wahr“. Das Bild wechselt, zeigt erst die nächtliche Skyline von Hongkong, danach eine beliebige Hafenszenerie in violetterm Abendlicht und schließlich einen weitläufigen, menschenleeren und von Palmen gesäumten Strand, an den das Meer brandet. Nicaragua, wie es heute aussieht – und wie es sich der Investor schon in wenigen Jahren vorstellt.

Unter dem Reiter „About HKND“ bezeichnet sich die Gruppe als „internationale Firma“, die „umfassende Erfahrung in Bau-Leitung und Infrastruktur-Entwicklung“ habe. Worin diese besteht, steht da nicht. Referenzprojekte finden sich nirgends auf der Seite. Dafür aber eine Hymne auf den Chef: Wang Jing sei ein „Geschäftsmann und Investor mit mehr als 20 Jahren Erfahrung in erfolgreichem Organisationsmanagement und Investment“. Und natürlich wird auch der Nicaragua-Kanal beworben, als „gewaltige Gelegenheit, den Welthandel zu verändern und eine neue Epoche von Wachstum für Nicaragua, seine Bewohner und die gesamte Region zu entfachen.“

Was verbirgt sich hinter der Firma, die eigens für das Jahrhundert-Projekt in Nicaragua gegründet wurde? Von Anfang an begleitet sie die Vermutung, dass die Volksrepublik China dahinter stecken könnte. Überall auf der Welt investiert China in Infrastruktur und Industrie, sichert sich so Einfluss auf Handelsrouten und Zugriff auf Rohstoffe. Nach den Plänen der Strategen in Peking sollen auch die Rohstoffe aus Lateinamerika zum chinesischen Wirtschaftswachstum beitragen.

Und dafür ist ihnen offenbar kein Großprojekt zu groß. So will China zum Beispiel eine „Transozeanische Eisenbahnstrecke“ bauen, einmal quer durch Südamerika, von der brasilianischen Atlantik zur peruanischen Pazifikküste, mehr als 5.000 Kilometer durch den Amazonas-Regenwald und über die Anden. Dabei wird es nicht bleiben: In seinem Buch „China regieren“ hat der chinesische Staatspräsident Xi Jinping Lateinamerika ein ganzes Kapitel gewidmet. Und Anfang 2015 kündigte er an, dass sein Land in den nächsten zehn Jahren nicht weniger als 250 Milliarden Dollar in Lateinamerika investieren wolle.

Ist der Nicaragua-Kanal also eine „chinesische Einflugschneise nach Mittelamerika“, wie die taz vermutet? Eine geostrategische Investition, um sich unabhängig zu machen vom Panama-Kanal, wo die USA immer noch Interventionsrecht besitzen? Und ist Wang Jing am Ende nur der „chinesische Schleusenwärter im Hinterhof der USA“, wie ihn die Süddeutsche Zeitung genannt hat? Die chinesische Regierung bestreitet jede Verbindung zu Wangs Kanalprojekt, das ist vielerorts zu lesen. Und auch Wang selbst habe immer wieder abgestritten, ein Strohhalm der chinesischen Regierung zu sein. In älteren Artikeln wird er mit den Worten zitiert, er sei „ein durchschnittlicher Chinese, wie er durchschnittlicher nicht sein könne“.

Für einen Durchschnitts-Chinesen ist Wang allerdings überdurchschnittlich reich. Unter anderem ist er Vorstandsvorsitzender und Großaktionär der Beijing Xinwei Telecom Technology Corporation, kurz Xinwei. Und die wird auch vom chinesischen Staat mit Aufträgen versorgt – zum Beispiel mit dem Aufbau eines flächendeckenden Mobilfunknetzes in China und der Entwicklung neuer Kommunikationssysteme für die Volksbefreiungsarmee.

Diesen weitgehend unbekanntem chinesischen Geschäftsmann zog Präsident Ortega im Herbst 2012 plötzlich aus dem Ärmel und verkündete: Mit Wang Jing, den er bei der Unterschrift unter den Vertrag umarmte und ihn seinen „Bruder aus China“ nannte, habe er einen Deal zum Bau eines Kanals abgeschlossen. Eine öffentliche Ausschreibung, wie sie in Europa bei großen Bauprojekten üblich gewesen wäre, gab es nicht. Ebenso wenig eine öffentliche Debatte über Sinn und Unsinn des Mega-Projekts. Und auch keine unabhängigen Studien über dessen Umsetzbarkeit, dessen Wirtschaftlichkeit und die Folgen für Mensch und Natur. Mehr als 30 Klagen gegen das Projekt, unter anderem weil es keine öffentliche Ausschreibung gab, hat der Oberste Gerichtshof Nicaraguas mit einem einzigen Richterspruch abgewiesen.

Am Tag, nachdem das nicaraguanische Parlament ihm und seinem Unternehmen den Kanalbau per Gesetz erlaubt hatte, verfasst Wang Jing einen Text, der als sogenannte „Chairman’s Message“ auf der HKND-Seite steht – und geht darin ganz weit zurück in der Geschichte, bis zur Entdeckung der Neuen Welt im 15. Jahrhundert und zur Entwicklung der Dampfschifffahrt. „Seit Generationen hat die Menschheit unnachgiebig nach geeigneteren Seehandelswegen gesucht“, schreibt Wang, „um Distanzen zu verkürzen, Transportkosten zu senken, Effizienz und Sicherheit zu verbessern.“ Mit seinem Großprojekt in Nicaragua sieht sich der Milliardär offenbar in dieser Tradition. Wegen der steigenden Nachfrage der weltweiten Schifffahrt sei es „zwingend notwendig geworden, einen breiteren und tieferen Kanal zwischen den Ozeanen zu entwickeln und zu bauen, um größere Schiffe zu fördern und größere Effizienz zu erreichen.“

Aber Wang Jing schmeichelt nicht nur der Schifffahrtsbranche, sondern auch den Nicaraguanern, deren „langanhaltende Sehnsucht nach dem Großen Kanal“ er nun stillen will. Dafür habe er die „volle Unterstützung der Regierung und von Freunden in allen Industrien und Regionen“. Wang verspricht: „Wir werden unsere Aufgaben gewissenhaft erfüllen, um unseren Auftrag zu vollbringen, Nicaraguas und die mittelamerikanische Wirtschaft zu entwickeln und die Zukunft des Seehandels zwischen Ost und West zu verbessern.“ Und als hätte der Firmenchef an jenem 14. Juni 2013 schon gewusst, mit welchen Bedenken Teile der Nicaraguaner darauf reagieren würden, kündigt er an: „All unsere Handlungen werden geleitet sein von den

Prinzipien des Respekts vor der staatlichen Hoheit, des Umweltschutzes, des Nutzens für die Menschen und der Wirtschaftsförderung, all unsere Arbeiten werden wir im Geist der Offenheit, Fairness, Integrität und Transparenz ausführen.“

Um Bedenken zu zerstreuen, hat die HKND später das Londoner Gutachterbüro Environmental Resources Management eine Studie anfertigen lassen. Auf 11.000 Seiten analysieren die Experten ökologische und soziale Folgen des geplanten Kanals. Zwar weisen sie auf eine Reihe von Risiken hin und räumen ein, dass es weitere Studien bräuchte. Insgesamt aber könne das Projekt sogar helfen, der Umweltzerstörung im Land, zum Beispiel Rodungen entgegenzuwirken – durch neue Wälder, die an den Ufern des Kanals gepflanzt werden sollten. Kritik an der Studie kommt von einer Gruppe nationaler und internationaler Wissenschaftler, die die Auftragsarbeit für oberflächlich und verharmlosend halten.

Am Schluss seines kurzen Textes wird Wang Jing dann pathetisch. „Wir fühlen uns geehrt, dieses Projekt auszuführen“, schreibt der Chinese. „In der Geschichte war jeder Beginn einer neuen Ära und jedes Erreichen eines bahnbrechenden Meilensteins der Triumph über sich stellende Herausforderungen. Das inspiriert uns, immer weiter voran zu gehen.“ Und Wang endet mit: „Wir werden die Welt verändern. Diesen Traum zu verwirklichen, wird der Welt mehr Glück, mehr Freiheit und mehr Freude bringen.“

Um den Traum zu verwirklichen, braucht Wang Jing Partner. Von der HKND selbst werden die Kosten für das Kanalprojekt auf 50 Milliarden US-Dollar taxiert, andere kalkulieren sogar das Doppelte. Das kann Wangs Firma nicht alleine aufbringen. Ursprünglich wollte Wang schon Ende 2013 seine Geldgeber benennen. Bisher soll die Investorensuche aber nicht allzu erfolgreich gewesen sein: Gerade einmal 600 Millionen US-Dollar sind dabei angeblich zusammengekommen. Und die Auswirkungen des Börsen-Crashes Anfang 2016 dürften nicht hilfreich sein: Während der Turbulenzen an den chinesischen Börsen soll Wang sehr viel Geld verloren haben. Nach Recherchen des Wirtschafts-Nachrichtendienstes Bloomberg ist sein Vermögen innerhalb kürzester Zeit von 10,2 auf 1,1 Milliarden US-Dollar geschrumpft, das wären fast 90 Prozent. Andere Berichte sprechen immer noch von mehr als 80 Prozent.

Auf der HKND-Seite findet sich davon natürlich kein Wort. Stattdessen berichten die zwei neuesten Einträge unter „News“ über die Teilnahme der HKND-Gruppe an der „National Earth Fair“ in Managua im April und über das Sponsoring des Puccini-Festivals in der Hauptstadt im März. Davor gab es sechs Monate lang gar keine News. Zum Kanal selbst findet sich nur wenig – und wenn, dann sind es oft winzige Erfolgsmeldungen, über den Abschluss der zweiten Phase der archäologischen Bauvoruntersuchungen

zum Beispiel, oder Pressemitteilungen über PR-Events, wie eine Baumpflanzaktion in 80 Schulen.

Es hätte viele Fragen an das Unternehmen gegeben. Die „Büros in Managua“, von denen die HKND selbst auf ihrer Seite schreibt, sind aber nur schwer zu finden. In einer oberen Etage eines Bürogebäudes in der Hauptstadt sollen sie sein, erzählt eine Anwältin der Kanalgegner. Reinkommen: Unmöglich. Von Transparenz ist zwar gleich an mehreren Stellen des HKND-Internetauftritts zu lesen. In den Firmengrundsätzen steht das Wort zusammen mit Integrität, Offenheit und Ehrlichkeit an erster Stelle. Und auch der Chef höchstpersönlich schreibt davon. Für die eigene Kommunikationspolitik scheint das aber nicht zu gelten. Eine Adresse oder eine Telefonnummer jedenfalls sucht man auf der Internetseite vergebens.

## 6. Die Insel

Der Weg auf die Insel beginnt mit dem Präsidenten-Paar. „Vamos adelante!“, es geht voran, rufen Daniel Ortega und seine Frau Rosario Murillo von einem quietschbunten Plakat dem Besucher entgegen, bevor dieser die Mole betritt, von der die Fähre ablegt. Eine Stunde dauert die Überfahrt nach Ometepe. Immer im Blick dabei die beiden Vulkane der Insel, die wie zwei riesige Höcker aus dem See ragen. Und auch der geplante Kanal ist mit an Bord. Im Angesicht der Naturschönheit, die vor ihm liegt, entfährt es einem deutschen Rucksackreisenden, der an der Reling steht: „Und hier wollen die Chinesen einen Kanal durchbauen – geht gar nicht!“

Dass Nicaragua schon seit Jahrhunderten als geeignet für einen Kanal gilt, hat viel mit seinem See zu tun. Für den Plan, eine künstliche Wasserstraße durch das Land zu führen, erscheint der Nicaragua-See wie eine freundliche Vorarbeit der Natur. Gut fünfzehn Mal so groß wie der Bodensee verkürzt er die Wegstrecke, die für den Kanal durchs Land gegraben werden müsste, erheblich. Aber der Lago Cocibolca, wie ihn die Nicaraguenser nennen, ist flach, zu flach: Nur 13 Meter im Durchschnitt. Für den Kanal wäre das bei Weitem nicht tief genug. In besonders trockenen Sommern konnten manchmal nicht einmal die vergleichsweise winzigen Fähren nach Ometepe fahren. Die Superfrachter von heute und morgen, für die der Kanal gedacht ist, benötigten mehr als die doppelte Wassertiefe.

Der See müsste deshalb tiefer gelegt, eine mehr als 100 Kilometer lange und mehrere hundert Meter breite Fahrtrinne ausgebaggert werden. Dabei würde so viel Schlamm anfallen, dass im See drei neue, künstliche Inseln entstehen würden. Experten befürchten, dass das fragile Ökosystem des Sees dadurch kippen könnte. Die Grabungen und Sprengungen könnten

Vulkanasche vom Grund des Sees aufwirbeln und das Wasser eintrüben, Strömungen und Sauerstoffgehalt des Wassers könnten sich verändern, der Wasserspiegel sinken und angrenzende Flüsse austrocknen. Die größte Sorge der Experten ist die direkte Verbindung zum Ozean, die es durch den Kanal gäbe. Die Schleusen sollen zwar so konstruiert sein, dass sich kein Salzwasser aus den Ozeanen in das Trinkwasser im See mischt. Wenn das aber nicht gelingt, droht der See zu versalzen. Das größte Süßwasserreservoir Mittelamerikas wäre verloren.

Moyogalpa, der kleine Ort am Fuß des Vulkans Concepción, in dem die Fähre anlegt, ist ganz auf Touristen eingestellt. „Moyogalpa – Freundin von Tourismus und Umwelt“ steht auf einem Banner, das die Calle Santa Ana überspannt. Die Hauptstraße ist eine einzige Aneinanderreihung von Tourismusdienstleistungen – Hostels, Cafés, Tour-Anbieter, Mofa-Verleihe. An einer Ecke, zwei Blocks vom Ufer des Sees entfernt, liegt das Restaurant „Mar Dulce“. Süßes Meer, so nennen sie hier ihren See. Viele haben die Sorge, dass davon nicht mehr viel übrig bleiben könnte, wenn der Kanal tatsächlich gebaut würde. Der Kellner im „Mar Dulce“, ein etwas dicklicher Lockenkopf mit breitem Lachen und einer auffälligen Zahnlucke, ist sich sicher: „Der Kanal würde hier alles zerstören, den See, die Natur. Und wenn es die Natur nicht mehr gibt, dann kommen auch keine Touristen mehr.“ Aber er glaubt nicht daran, dass das jemals passieren wird, dass der Kanal wirklich gebaut wird: „Die Menschen werden sich dagegen erheben.“

„Der Kanal!“ Edgard Lacayo lacht bitter auf. „Den will hier keiner! Da können Sie jeden fragen.“ Lacayo verleiht Kajaks, auf der anderen Hälfte der Insel, unterhalb des Vulkans Maderas. Die Touren, die er und seine Mitarbeiter anbieten, führen vom See aus auf den Río Istián, der sich gemächlich durch die schmale Landbrücke zwischen den beiden Vulkanen schlängelt. Zwischen den dichten Pflanzenteppichen, die hier im Wasser treiben, leben Schildkröten, Kaimane und unzählige Wasservögel. Wie der Kellner in Moyogalpa, glaubt auch Edgard Lacayo, dass sich mit dem Kanal hier alles verändern würde. Und wie der Kellner glaubt auch er, dass sich das Volk dagegen erheben würde, sobald das Projekt konkreter würde: „Wenn er das wirklich macht, dann würde es wieder einen Krieg geben – die Leute hier bewaffnen sich sehr schnell.“ Mit „er“ meint Lacayo Daniel Ortega. Und dann schiebt er noch hinterher: „Das ist ein verfassungswidriger Präsident.“

Ortegas Kanal würde das Land zerteilen – nicht nur für die Menschen, auch für die Tiere wäre er fast unüberwindbar. Hunderttausende Hektar tropischen Regenwaldes müssten ihm weichen, neben dem See würde er durch vier Naturreservate verlaufen und auch den sogenannten mesoamerikanischen Biokorridor zerschneiden, ein zusammenhängendes Schutzgebiet von Mexiko bis Panama, in dem sich gefährdete Tierarten zwischen Nor-

den und Süden bewegen können. Die Kanalplaner argumentieren mit zwei ökologischen Brücken, die den Kanal kreuzen sollen, um den Tieren Bewegungsfreiheit zu geben. Aus Sicht von Umweltschützern reicht das aber nicht. Sie glauben, der Kanal wäre das Ende für den mesoamerikanischen Biokorridor – und damit auch für viele seltene Tiere.

Bei der Einfahrt nach Altagracia präsentiert sich der verschlafene Ort auf der Nordseite der Insel linientreu. Die Stämme der Bäume auf beiden Seiten der Straße sind rot und schwarz angepinselt – in den Farben des FSLN, des „Frente Sandinista de Liberación Nacional“, der früheren Rebellenorganisation, die heute in Ortigas Nicaragua die omniprésente, staatstragende Partei ist. Gleich hinter dem Ortseingang begrüßt die „Casa Sandinista“, das sandinistische Haus, das es in den allermeisten Orten gibt, mit Porträts von Che Guevara, Hugo Chávez und anderen sozialistischen Heldenfiguren an den Wänden.

An diesem Tag ist Altagracia aber auch ein Ort des Protests. Vielleicht 60 Demonstranten marschieren durch den Ort, an der Spitze des Zuges ein Plakat mit der Aufschrift „No al Canal!“, nein zum Kanal. Einer der Demonstranten ist Augustín Ruíz. In der Protestbewegung nennen ihn alle „El Viejo del Sombrero“, den Alten mit dem großen Hut. Den Hut, der ihm diesen Namen eingebracht hat, trägt er heute nicht. Als die kleine Demonstration nach ein paar Stunden vorbei ist, ist Ruíz wieder auf dem zentralen Platz von Altagracia zu finden. Ein paar Verkäufer warten hier hinter ihren Ständen auf Kunden, ein paar Rucksack-Reisende auf der Bordsteinkante sitzend auf ihren Bus. Dazwischen fahndet ein Schwein grunzend nach etwas Essbarem. Und Ruíz pendelt zwischen seinen zwei Arbeitsplätzen. „Ich mache die Arbeit einer Geige“, sagt er lachend, „immer hin und her.“ Auf der einen Seite ein wackeliger Holzstand, auf dem er Käse anbietet. Auf der anderen Seite ein Tisch mit kariertes Tischdecke, auf dem er Kunsthandwerk und Postkarten verkauft. Der Staub auf den Produkten spricht dafür, dass das nicht allzu oft der Fall ist.

Offen auf der Straße reden will Augustín Ruíz über das Kanalprojekt nicht. Dafür bevorzugt er das kleine Hotel seines Veters Kencho Ruíz, der auch ein Mitglied der Protestgruppe ist. Für Reporter, die zum Kanal recherchieren, haben die beiden als erstes eine Warnung parat: Sehr vorsichtig sein! Rund um das Projekt gebe es sehr viel Repression und in letzter Zeit seien immer wieder ausländische Journalisten aus dem Land geworfen worden. Für die geht es hier, wo der Kanal eines Tages verlaufen soll, um eine gute Geschichte – für Familien wie die von Ruíz geht es um die Existenz: „Wo sollen wir denn hin mit unseren Familien, wenn sie uns enteignen?“, fragen die Vetter Ruíz. Eine Frage, die immer wieder zu hören ist von den Menschen, die entlang der geplanten Kanalroute leben. Nicaragua habe eine



diktatorische Regierung, die nicht auf ihr Volk höre. „Der Präsident denkt, Nicaragua sei seine Finca – und wir sind nur die Schweine!“

Und dann geht Augustín Ruíz in sein Haus am Ortsrand, um eine Broschüre zu suchen. Die, sagt er unterwegs, erkläre gut, was der Bau des Kanals für die Menschen entlang der geplanten Route bedeuten würde.

## 7. Das Gesetz

840. Diese Zahl steht für die Kanalgegner für alles Schlechte, was sie mit dem Mega-Projekt verbinden. Es ist die Nummer des Gesetzes, mit dem die Vergabe der Konzession an die Firma HKND des chinesischen Unternehmers Wang Jing geregelt ist – Gesetz Nummer 840. Im Juni 2013 wurde es mit den Stimmen der Regierungspartei durchs Parlament gepeitscht, innerhalb weniger Stunden und ohne größere Debatte.

Augustín Ruíz muss eine Weile suchen, bis er das dünne, gelbe Heft findet. „Traum und Katastrophe – was wir über das Kanalprojekt wissen müssen“, ist der Titel der Broschüre, die zwei NGOs herausgegeben haben. Die Ausgabe von Augustín Ruíz fällt schon fast auseinander. Die hohe Luftfeuchtigkeit macht der Bindung zu schaffen und offenbar wurde sie schon oft durchgeblättert. Die Broschüre ist eine Mischung aus Gesetzes-Exegese und Bilderbuch. Auf knapp 50 Seiten treten acht gezeichnete Figuren auf, die zum Teil reale Vorbilder haben. In comic-artigen Dialogen und mit einfacher Sprache erklären sie den Menschen, was in ihrem Land gerade vor sich geht – und warum das nicht in ihrem Interesse ist. „Die Nicaraguaner sollten sich zusammenschließen“, fordert eine der NGOs im Vorwort, „um angesichts der verheerenden Auswirkungen dieses Projekts für ihre Rechte zu kämpfen.“

Es gibt zwei Hauptfiguren: Francisca, eine Bäuerin aus der kleinen Siedlung La Fonseca, die zwischen dem Nicaragua-See und der Atlantikküste in unmittelbarer Nähe der geplanten Kanalroute liegt. Ihr reales Vorbild ist die Bauernführerin Doña Francisca Ramírez, mittlerweile eine der prominentesten Kanalgegnerinnen. Hauptfigur Nummer zwei ist ein Mann mit Hut und Schnurrbart, José, genannt Chavarria. Er kommt aus der Gegend um Punta Gorda, wo der Kanal einmal in den Atlantik münden soll. Sein ganzer Ort, sagt er in der Sprechblase, mit der er sich vorstellt, würde in dem künstlichen See „Atlanta“ versinken, der beim Bau des Kanals entstehen soll.

Das Heft beginnt mit einem Blick in die Geschichte, auf die vielen gescheiterten Versuche, durch Nicaragua eine Verbindung zwischen Atlantik und Pazifik zu bauen. „Die Ausländer wollten hier schon immer ihre Schiffe entlang fahren lassen, voll mit ihren Sachen, weil es für sie die meisten Vor-

teile bringt“, schimpft die Comic-Francisca und fügt hinzu: „Ohne sich dabei um uns zu scheren, die in diesem Teil der Welt leben und um die Schäden, die das Projekt bei uns auslösen wird.“

Auf den nächsten Seiten beschreibt das Heft die Unterschiede zwischen dem in Nicaragua geplanten Kanal und dem bestehenden in Panama – dreimal so lang, fast doppelt so breit und tief, nahezu das Dreißigfache an Erdreich, das ausgehoben werden muss. Auf detaillierten Karten zeigt das Heft den geplanten Verlauf des Kanals und welche Orte innerhalb von zehn Kilometern auf beiden Seiten der Route direkt davon betroffen wären, wo das ausgehobene Erdreich abgelagert und welches Gebiet überflutet werden soll, wo eine Brücke oder eine künstliche Insel, ein Golfplatz oder ein Touristenressort entstehen soll.

Auf die Frage „Was ist die Konzession und was werden sie bauen?“, antwortet ein Junge mit schief sitzender Baseball-Kappe: „Das Gesetz 840 erlaubt es Wang Jing, acht Projekte umzusetzen.“ Neben dem eigentlichen Kanal seien das: Zwei Tiefwasserhäfen, ein Flughafen, zwei Freihandelszonen, eine Ölpipeline und eine Eisenbahnstrecke zwischen den beiden Küsten. Mit finsterem Blick ergänzt die Comic-Francisca, dass der Investor laut Gesetz nach Lust und Laune „andere Projekte hinzufügen“ könne – und das auch vorhabe: Vier Touristenressorts nämlich, ein Wasser- und andere Stromkraftwerke, Zement- und Stahl-Fabriken, dazu den künstlichen See „Atlanta“.

Nach der Verabschiedung des Gesetzes im Juni 2013, erklärt das Heft, habe Wang Jing nun 16 Jahre Zeit, um die Finanzierung der Projekte zustande zu bringen und sie zu bauen. Nach der Fertigstellung bekomme er 50 Jahre Zeit, um den Kanal ans Laufen zu bringen und Gewinne zu erwirtschaften. Und nach Ablauf dieser Zeit könnten der chinesische Unternehmer und seine Geschäftspartner entscheiden, ob sie weitere 50 Jahre von dem Projekt profitieren wollten – ohne dass Nicaragua ein Veto einlegen könne und ohne zusätzliche Bezahlung an den Staat. „Ich bin doch nicht blöd, natürlich werden sie weitere 50 Jahre daran festhalten“, ist sich José, der Mann mit Hut und Schnurrbart sicher. „Wir reden hier also davon, dass diese Kleinigkeit 116 Jahre dauern kann!“

Mindestens 373.000 Menschen, rechnet das Heft vor, lebten in den 13 Gemeinden, die vom Kanal und den anderen Projekten unmittelbar betroffen wären – „und das sind nur diejenigen, die direkt entlang der Kanalroute leben“, erklärt José. Dazu kämen noch „rund 200.000 Menschen, die das Wasser aus dem See trinken, das durch den Kanal beeinträchtigt würde.“

Ein paar Seiten weiter fragt José: „Was wird mit all den Menschen passieren, die im Gebiet der geplanten Projekte leben?“ Die Antwort gibt ein Auszug aus Artikel 12 des Gesetzes: „Die Enteignung jedweder notwendi-

ger Liegenschaft ist im öffentlichen Interesse des Volkes der Republik Nicaragua – sei es Privateigentum, Eigentum der Autonomen Regionen oder der Ureinwohner-Gemeinschaften oder Eigentum einer beliebigen Regierungsbehörde.“ „Und wenn ich meinen Besitz nicht verkaufen möchte?“, fragt José. „Dann wendet sich die Kanal-Kommission an ein Gericht vor Ort“, erläutert die Comic-Franziska. „Und das wird dann anordnen, dass die Kommission deinen Besitz übernimmt.“ „Das heißt: Entweder ich verkaufe oder ich verkaufe. Was anderes bleibt mir laut diesem Gesetz gar nicht übrig?“, fragt José. Und Franziska antwortet: „So ist es.“

Eine junge Frau mit gelbem Hut und Gummistiefeln fragt: „Werden sie denn einen fairen Preis berechnen, also das, was unser Land wirklich wert ist?“ Wieder ist die Antwort ein Auszug aus dem Gesetz: „Die Entschädigung für die Enteignung wird dem Katasterwert des erforderlichen Eigentums entsprechen.“ Das bedeutet, übersetzt das Heft: „Nie und nimmer werden sie dir das bezahlen, was dein Besitz wirklich wert ist. Der Preis wird sich danach richten, was für den chinesischen Unternehmer am bequemsten ist.“ „Und wo werden wir dann leben?“, fragt die junge Frau. „Wir werden in unserem eigenen Heimatland vertrieben.“ „Unsere Regierung“, empört sich die Comic-Franziska, „hat Papiere unterschrieben, in denen steht, dass sie nicht verpflichtet ist, die Menschen oder Gemeinden umzusiedeln, die von dem Projekt betroffen sind, geschweige denn wirtschaftliche oder soziale Verluste anzuerkennen.“

Im hinteren Teil des Heftes geht es dann um die Rechte und Pflichten der beiden Vertragspartner, dem chinesischen Investor und dem Staat Nicaragua. José, der Mann mit Hut und Schnurrbart, erzählt, dass er im Radio gehört habe, Nicaragua werde sich mit dem Geld von Wang Jing und seinen Geschäftspartnern „entwickeln und wachsen“. Die Comic-Franziska antwortet ihm, dass das eine Lüge sei – „un cuento chino“, wörtlich übersetzt: Eine chinesische Erzählung. Artikel 15 des Gesetzes besage, „dass die mit dem Projekt verbundenen Investoren nicht einen Peso an Steuern zahlen werden“, erklärt Franziska. „Aber wir Armen müssen selbst dann Steuern zahlen, wenn wir eine Limo trinken!“ „Was für eine Ungerechtigkeit!“, ruft José.

Und was bleibt für Nicaragua? Die im Gesetz festgeschriebenen Rechte des Landes erschienen eher wie Verpflichtungen, meint das Heft und zählt auf: Prüfung und Genehmigung der Entwicklungspläne aller Subprojekte, Beaufsichtigung der Vertragserfüllung des Investors, Erhalt von Kopien der Versicherungspolice des Investors. Außerdem soll Nicaragua vom Investor Geld bekommen: Zehn Jahre lang maximal zehn Millionen Dollar pro Jahr. „Alles in allem höchstens 100 Millionen Dollar“, fasst das Heft zusammen und stellt diese Summe ins Verhältnis: „Laut Zentralbank haben die Aus-

lands-Nicaraguaner im Jahr 2013 durchschnittlich 92 Millionen Dollar an ihre Familien geschickt – pro Monat.“ Dass Liegenschaften und Infrastruktur nach Ablauf der Konzession an Nicaragua zurückfallen und das Land in der Kanalzone seine Fahne hissen darf, ist da nur eine Randnotiz.

Und was passiert, wenn das Projekt gar nicht realisiert wird? „Wenn der chinesische Unternehmer den Kanal am Ende nicht baut, dann ist er nicht verpflichtet, etwas an die Regierung zu zahlen“, erklärt die Comic-Franziska. „Wenn sich aber das Projekt wegen eines politischen Ereignisses von höherer Gewalt verzögert, dann muss die Regierung dem Investor einen Ausgleich für seine Kosten zahlen.“ Franziska zählt auf: „Das sind unter anderem bewaffnete Konflikte, Krawalle, Demonstrationen, Streiks, Aufstände.“ José fasst zusammen: „Der Chinese kann nur gewinnen, Nicaragua kann nur verlieren.“ Und er sagt: Wir werden also nicht einmal für unsere Rechte demonstrieren können!“ „Nix da!“, antwortet Franziska. „Dieses Gesetz verletzt unsere Menschenrechte. Umso mehr müssen wir auf die Straße gehen und protestieren!“

Nach vielen weiteren Seiten, die sich mit den Auswirkungen des geplanten Kanals auf die Territorien der Ureinwohner, den Nicaragua-See, die Naturschutzgebiete und die Tierwelt beschäftigen, treten zum Schluss noch einmal alle acht Protagonisten auf und fassen zusammen: „Nicaragua gibt sein ganzes Staatsgebiet her, seine natürlichen Ressourcen, das Land seiner Bauern und Gemeinden, seine geostrategische Position, seine Quellen für Wasser und Nahrung, die Zukunft unserer Familien und der ganzen Nation“, rufen sie. „Nein zum Kanal! Nicaragua steht nicht zum Verkauf! Wir müssen uns zusammentun und kämpfen!“

Auf einem Bild im Heft überreicht der Comic-Ortega einem Comic-Chinesen den Umriss Nicaraguas auf einem Tablett. Der Präsident liefert das Land dem chinesischen Investor aus – das ist es, was aus Sicht der Kanalgegner mit der Verabschiedung des Kanalgesetzes 840 passiert ist. In Nicaragua haben sie dafür längst einen Begriff gefunden, der auf Hauswänden und Demonstrationsplakaten zu lesen ist: „Ortega Vendepatria“ – Ortega Vaterlandsverkäufer.

## 8. Der Sänger

Als José Fidel Alemán Cruz erfährt, worum es in dem Gespräch gehen soll, zögert er kurz. Dann nimmt er zwei Plastikstühle und entfernt sich von den Gästen, die auf dem staubigen Platz unter dem Vordach seines kleinen Lehm-Hauses sitzen. Bei diesem Thema sei es besser, wenn nicht alle zuhörten.

Er kneift die Augen zusammen, legt den Kopf in den Nacken, versucht, sich an den Text seines Liedes zu erinnern, das er für einen Protestmarsch gedichtet hat. Aufgeschrieben hat er ihn nicht. Erst nach und nach kommen einige der Zeilen wieder, bruchstückhaft, Wort für Wort. „Wir beobachten sehr wohl, dass sie sich unseren Besitz unter den Nagel reißen wollen.“ Seine Gitarre kann ihm nicht beim Erinnern helfen, drei Saiten sind gerissen und Ersatz kann er sich im Moment nicht leisten. „Das Geschäft von Daniel mit dem Chinesen Wang Jing wird hier nicht gelingen. Sie halten etwas verborgen und das Kanalprojekt ist eine große Lüge.“

José Fidel Alemán Cruz ist ein einfacher Bauer. Mit seiner Familie lebt er auf der Landbrücke zwischen den beiden Vulkanen der Insel Ometepe. Im Winter, erzählt er, baue er verschiedene Pflanzen an, um sich und seine Familie zu ernähren. Jetzt im Sommer habe er keine Arbeit. Und er bekomme auch keine. „Wir von der Opposition haben keine Arbeit – weil wir von der Opposition sind.“ Selbst sein Sohn habe keinen Job gefunden, obwohl er einen exzellenten Abschluss vorweisen könne – „weil sie wissen, dass er mein Sohn ist“. Inzwischen ist der Sohn in Managua und arbeitet dort bei einem amerikanischen Callcenter, das keine Verbindung mit der Regierung hat. „Und die, die Arbeit haben“, sagt Alemán Cruz weiter, „werden von der Regierung dominiert.“ Das gehe soweit, dass bei der Präsidentschaftswahl im November die Daumen von Staatsangestellten kontrolliert wurden, um zu erfahren, ob sie gewählt hatten. „Die haben sie am Nasenring“, meint Alemán Cruz, „so sagen wir das hier auf dem Land.“

Sein Lied, sagt José Fidel Alemán Cruz, solle ausdrücken, was das Volk denkt, aber nicht artikulieren kann. „Die Regierung versucht, uns etwas zu verkaufen, das nicht real ist!“ 50.000 neue Arbeitsplätze hat die Regierung versprochen, wenn der Kanal gebaut wird – das sei ein Schwindel, eine Irreführung der Leute. „Es ist doch offensichtlich, dass wir hier nicht dazu fähig sind, einen Kanal zu bauen. Wir sind auf eine solche Arbeit gar nicht vorbereitet.“ Der singende Bauer bringt ein Beispiel aus dem Nachbarland Costa Rica, dem China vor sechs Jahren für mehr als 80 Millionen Dollar das hochmoderne Nationalstadion geschenkt hat. „Die Leute dort sind viel qualifizierter als wir hier – trotzdem sind ausschließlich Arbeiter aus China gekommen, um das Stadion zu bauen. Und ein Kanal ist mehr als ein Stadion.“ Das sei alles nur Fassade – genauso wie der bunte Weihnachtsanstrich, den sie dem zentralen Platz in Altagracia Jahr für Jahr verpassten.

Wie die Regierung mit Kanalgegnern umgeht, das hat Alemán Cruz im September 2016 ganz unmittelbar erfahren: Zusammen mit einigen Mitstreitern ist er auf dem Weg zu einer Demonstration in Managua festgehalten worden. Sie hätten es nicht einmal geschafft, aus der eigenen Provinz rauszukommen. Er glaubt dennoch, dass die Protestbewegung schon etwas

erreicht hat. Immerhin sei seit dem offiziellen Baubeginn vor gut zwei Jahren kaum etwas passiert. Aber bevor das Konzessionsgesetz nicht widerrufen werde, würden sie keine Ruhe geben. Das Gesetz sei „ein Blankoscheck der Regierung an den Unternehmer“, schimpft der Sänger der Kanalgegner. „Und solange es das Gesetz 840 gibt, werden wir weiter protestieren.“

## 9. Die Fischer

José Omar Mora sitzt auf einem Betonblock vor seinem Haus und schaut auf den See. Rausfahren kann er heute nicht, der Wind ist zu stark. Normalerweise beginnt der Tag für den 50-jährigen Fischer morgens um vier. Dann rudert er mit seinem kleinen Boot raus auf den See. „Israel“ heißt es. Damit sei aber nicht der Staat Israel gemeint, stellt Mora gleich klar. Die behandelten die Palästinenser viel zu schlecht. Gemeint sei „der spirituelle Ort, den Gott den Israeliten geschenkt hat“. Wenn es gut läuft, dann füllt der Fang eines Tages einen Eimer, vielleicht auch zwei. Verkaufen kann er einen Eimer für 500 Córdobas, das sind ungefähr 16 Euro. Eigentlich ist Mora in einer Kooperative. Rund 30 Fischer teilen sich ein Motorboot, zu viele, dass alle davon leben könnten. Deshalb überlegt er nun, die Kooperative zu verlassen.

José Omar Mora scheint ein kritischer, unangepasster Kopf zu sein. Umso überraschender ist seine Haltung zum geplanten Kanal. Es sei doch so: Nicaragua habe das Land, aber kein Geld um einen Kanal zu bauen. „Also machen das eben die Chinesen!“, schlussfolgert Mora. Und wenn die Konzession in 50 Jahren auslaufe, dann könne er zwar nicht mehr davon profitieren – seine sechs Kinder aber schon. Sein Kumpel Juan Carlos, der gerade mit einem leeren eisernen Lieferkarren vorbeigekommen ist, ist da skeptischer. Er stützt sich auf den Griff des Karrens und runzelt die Stirn, während Mora redet. Der aber ist in seinem Optimismus nicht zu bremsen, schwärmt Juan Carlos von einer glänzenden Zukunft vor: „Es werden viele Leute herkommen. Du wirst mit deinem Wagen Wasser und Ananas transportieren, du wirst Geschäfte machen!“

Und der See? „Wer weiß das schon. Es kann gut ausgehen oder es kann schlecht ausgehen – das weiß man immer erst hinterher.“ José Omar Mora glaubt aber nicht, dass der Kanal den See versalzen würde. Die würden das schon gut machen mit den Toren an den Küsten. Außerdem: Der See sei ja höher gelegen als die Ozeane. Und selbst wenn das Wasser im See salzig würde, für Mora kein Grund, den Optimismus zu verlieren. „Dann passen sich die Süßwasserfische eben an“, sagt er voller Überzeugung – und zählt all die Fischarten auf, von denen er weiß, dass sie sich an veränderte Le-

bensräume angepasst haben. Oder es kämen andere Fische, das könne ja auch wieder ein Geschäft sein. „Wie lange gibt es den Kanal in Panama?“, fragt er. Dort sei doch auch nichts passiert. „Wieso sollte es also hier passieren?“

In San Jorge auf dem Festland steht Francisco de Paola schon früh am Morgen am Strand. An einem windschiefen, quadratischen Holztisch wartet er auf Kundschaft. Darauf liegt der Fang der Nacht, vielleicht zwei Dutzend Mojarras, eine Art Barsch. Der Wind pfeift so stark über den See, dass sich seine Jacke aufbläst wie ein Ballon. Er ist trotzdem rausgefahren, um ein Uhr, so wie jede Nacht. Mit fünf anderen Fischern teilt er sich drei kleine Motorboote. Francisco de Paola steht nicht nur auf der anderen Seite des Sees – auch mit seiner Haltung zum Kanal steht er auf der anderen Seite. „Das wird dem See schon ziemlich schaden“, glaubt er. Wenn sie den See entlang der geplanten Kanalroute ausbaggern, dann werde sich der Wasserspiegel senken.

Kundschaft! Eine kleine Familie kommt auf einem Mofa über den feuchten Sand gefahren. Vater und Tochter bleiben sitzen, die Mutter bestellt. Sorgsam verknüpft Francisco de Paola die Fische zu Bündeln, mit einem beweglichen Zweig durch die Mäuler, steckt sie in eine Plastiktüte. 40 Córdoba kostet ein Pfund, 1,30 Euro für vier Fische. Zurück zum Kanal. Die breite Schneise, die in die Natur geschlagen werden müsse, die Leute, denen dadurch ihr Zuhause entrissen würde – „mir gefällt das nicht“, sagt er. Und die Gefahr, dass der See durch die Verbindung zum Meer versalzen könnte? „Sie sagen, das passiert nicht. Nur, wer weiß das schon.“ Aber gut, solange sie sie auch dann weiter arbeiten ließen, wenn es den Kanal gebe, würde es schon irgendwie gehen.

## 10. Der Namensvetter

Bevor Octavio Ortega raus auf die Straße gehen kann, muss er noch die Slipper-Schuhe polieren. Dann ist das schwarze Outfit für diesen Tag komplett. „Heute am 10. Januar ist Tag der nationalen Trauer“, postet er schnell auf seiner Facebook-Seite. Drei Fotos dazu, er selbst, ganz in schwarz, fertig.

Octavio Ortega aus der Stadt Rivas, auf dem schmalen Streifen zwischen Pazifikküste und Nicaragua-See und unweit des geplanten Kanalverlaufs gelegen, ist ein Kanalgegner der ersten Stunde. Als einer der ersten ist er im Jahr 2013 gegen das Mega-Projekt auf die Straße gegangen. Er hat beim Obersten Gericht gegen das Kanalgesetz geklagt. Und er hat in Rivas den „Consejo Nacional en Defensa de Tierra, Lago y Soberanía“ mitgegründet,

den Nationalen Rat zur Verteidigung von Land, See und Souveränität, der später zur landesweiten Bewegung wurde.

Kurzer Blick auf die Facebook-Seite: „Schon 26 Likes – nach nur einer Stunde!“ Dass heute für Octavio Ortega ein Tag der Trauer ist, liegt an der Amtsübernahme von Daniel Ortega – eine Amtsübernahme, die eigentlich eine Amtsmitnahme ist. Seit zehn Jahren ist der einstige Guerillero Ortega Nicaraguas Präsident, zum zweiten Mal schon. Nach der Revolution im Juli 1979 hat Ortega das Land schon einmal regiert, zunächst an der Spitze einer fünfköpfigen Regierungsjunta, von 1985 bis 1990 dann als Präsident.

Seit er bei der Wahl im November 2006 mehr oder weniger demokratisch an die Macht zurückgekehrt ist, ist Ortega, der sich immer noch lieber „Comandante“ als Präsident nennen lässt, selbst dabei, Nicaragua in eine Art Familiendiktatur zu verwandeln. Mehrere seiner Kinder hat er in hohen Regierungspositionen untergebracht. Und seine Frau Rosario Murillo, die bisher schon den eigens für sie geschaffenen Posten einer „Sonder-Außenministerin“ innehatte, übernimmt mit dem Tag der Amtsübernahme offiziell das Amt der Vizepräsidentin. „Das einzige Präsidenten-Ehepaar auf der ganzen Welt“, kommentieren viele Nicaraguaner mit ironischem Stolz.

Octavio Ortega entschuldigt sich, dass es gerade kein fließendes Wasser gibt. Wegen der Trockenheit ist das Wasser in Rivas rationiert – vormittags sitzt die eine Hälfte der Stadt auf dem Trockenen, nachmittags die andere. „Und mit dem Kanal“, ist Ortega überzeugt, „würde das nur noch schlimmer.“ Das Projekt ist für ihn ein Irrsinn: Es gebe zurzeit 16 Schiffe auf der Welt, die nicht durch den erweiterten Panama-Kanal passten. Vier weitere seien in Planung. „Das heißt, wir bauen diesen Kanal für 20 Schiffe – das ist doch Bullshit!“ Er sei zwar schon dafür, dass die zwei geplanten Tiefseehäfen an beiden Küsten des Landes gebaut werden, dazwischen eine Eisenbahnstrecke und vielleicht auch eine Ölpipeline. Aber eines ist für ihn klar: „Der See wird nicht angefasst! Das ist der größte Schatz, den wir Nicaraguaner haben.“

Und wie erklärt er sich, dass der Kanalbau bisher kaum vorangekommen ist? „Wenn ich religiös wäre“, antwortet Ortega, „würde ich sagen: Gott hilft uns.“ Tatsächlich dürfte es wohl eher an den technischen Schwierigkeiten des Projekts und den finanziellen Problemen des Investors liegen. Der neue, alte Präsident hat den Kanal jedenfalls im Präsidentschaftswahlkampf auffällig unauffällig behandelt. Und in seiner 75-minütigen Antrittsrede am Abend wird er mit keinem einzigen Wort von dem Großprojekt sprechen – obwohl das nach der ursprünglichen Planung im Laufe der jetzt beginnenden Amtszeit fertig werden sollte.

Dass heute die nächsten fünf Präsidentschaftsjahre von Daniel Ortega beginnen, ist ein Albtraum für seinen Namensvetter in Rivas. Mit 72,5 Prozent



der Stimmen wurde der Präsident im November wiedergewählt. Laut Regierungsangaben lag die Wahlbeteiligung bei 67,5 Prozent. Die Opposition schätzt sie dagegen auf unter 30 Prozent und spricht von Wahlbetrug. „Ich erkenne die Wahl-Farce nicht an!“, steht auf einem Aufkleber, den Octavio Ortega ans Fenster neben seinem Schreibtisch geklebt hat – genau auf die Stelle, an der einer von mehreren schwarzen Farbbeuteln sein Haus getroffen hat. „Das war eine Warnung“, erklärt Ortega.

Dass das Regime nicht nur warnt, sondern auch ernst macht, hat er vor etwas mehr als zwei Jahren schmerzhaft erfahren müssen: Nach einer Demonstration gegen den Kanal im Dezember 2014 wurde er festgenommen und für eine Woche ins Gefängnis in Managua gesteckt – ohne Anklage. Als er am Silvestertag entlassen wurde, hatte er einen gebrochenen Unterarm und eine Platzwunde über dem linken Auge. Mit der Rückseite eines AK-47-Gewehrs sei er dort geschlagen worden, erzählt Ortega. Das Zeitungsfoto aus den Tagen nach der Entlassung zeigt einen Mann mit einem von blauen Flecken übersäten Oberkörper und sehr ernstem Blick. Beim Anblick des Bildes schüttelt Ortega den Kopf. „Christlich, sozialistisch, solidarisch nennen sie sich“, sagt er verächtlich, in Anlehnung an den Dreiklang, den sich die Sandinisten auf ihren Wahl- und Propagandaplakaten zuschreiben.

Octavio Ortega ist so etwas wie ein Berufs-Oppositioneller. „Als Oppositioneller kriege ich keine Arbeit – also ist die Opposition meine Arbeit“, sagt er. Wie viele der rund sechs Millionen Nicaraguaner lebt er von dem Geld, das Angehörige aus dem Ausland schicken. Mit den sogenannten „Remesas“ sorgen die etwa eine Million Auslands-Nicaraguaner Jahr für Jahr für rund zehn Prozent der Wirtschaftsleistung des Landes. „Meine Mutter ist eine von denen“, erzählt Ortega. 200, 300 Dollar, in manchen Monaten auch nur 150, schickt die Mama aus Miami, die schon lange Rentnerin ist. Auch den jahrzehntealten Pickup, der fast auseinander fällt, und den Laptop hat sie ihm geschenkt. Aber in einem Punkt liegt die Mutter mit ihrem Sohn im fernen Nicaragua über Kreuz: „Sie will, dass ich aufhöre. Sie hat Angst um mich.“

Dass es nicht so einfach sein dürfte, Octavio Ortegas Tun von seinem Leben zu trennen, dafür spricht schon sein Haus: Dem Wohnen hat er darin wenig Platz eingeräumt, ein winziges Zimmer nur, in das gerade so ein Bett passt und in das man durchs Bad gelangt. Sonst ist der spartanisch eingerichtete Flachbau ganz und gar der Oppositionsarbeit gewidmet, dient als Büro, Versammlungsraum und als Zentrale der Stiftung „Fundemur“, was abgekürzt für Stiftung zur Entwicklung der Gemeinden von Rivas steht. Vorsitzender und einziges aktives Mitglied: Octavio Ortega.

Die Fenster seines Hauses hat er vergittert, nachdem immer wieder Unbekannte die Scheiben eingeworfen hatten. Der Boden ist gefliest. Einziger

Schmuck inmitten des Schmucklosen sind die kindlich anmutenden Gemälde an den Wänden. Sie zeigen die Insel Ometepe mit ihren zwei Vulkankegeln in einer Abendstimmung und verschiedene Tiere, die in Nicaragua vorkommen. Die restliche Gestaltung ist Politik. Auf einer großen Wandkarte von Nicaragua hat Ortega mit drei geraden Strichen den geplanten Verlauf des Kanals eingezeichnet. Und an einer Säule mitten im Raum hängt eine schon etwas vergilbte Zeitungsseite im Rahmen, ein Interview mit ihm selbst, Überschrift: „Wir wären Sklaven der Chinesen.“ Auch unter der Glasplatte seines Schreibtischs liegen Zeitungsausschnitte, Dokumente der Oppositionsarbeit – seiner Arbeit. Was nicht an der Wand hängt oder auf dem Schreibtisch liegt, sammelt Ortega in riesigen Ordnern. Sorgsam ausgeschnitten und laminiert, hier und da vorher mit Kugelschreiber markiert. Die Artikel über die Zeit vor der Verabschiedung des Kanalgesetzes im Jahr 2013 füllen einen Ordner, die Artikel in den gut drei Jahren seitdem schon mehr als zehn.

So einig sich die aktiven Kanalgegner in ihrem Ziel sind, den Kanal zu verhindern, uneinig sind sie sich über den Weg dorthin. Viele denken, man könne sich schon irgendwie mit der Regierung einigen und das Gesetz 840 wieder rückgängig machen, sagt Ortega. Er selbst sieht das ganz anders: „Was glauben die denn, wie sie das Gesetz abschaffen wollen?“, fragt er rhetorisch. „Es gibt nur einen Weg: Indem der Präsident gestürzt wird.“ Und wie soll das seiner Meinung nach gelingen? Wie beim Arabischen Frühling, glaubt Ortega, oder wie vor acht Jahren in Guatemala, als Zehntausende gegen den damaligen guatemaltekischen Präsidenten Álvaro Colom protestierten. „Wenn wir 50.000 Leute für einen Monat auf den Platz der Revolution in Managua bringen“, ist Ortega überzeugt, „dann wird er gehen.“

## 11. Der Revolutionär

Dafür, dass das hier eine Versammlung von erklärten Kanalgegnern ist, legt Mario José Allen Jiménez recht unerwartet los: „Der Kanal ist eine Chance für Nicaragua, er kann die wirtschaftlichen Probleme lösen, die wir haben.“ Das große Aber schiebt er sofort hinterher: „Man müsste ihn nur auf eine andere Art bauen.“ Auf eine andere Art, für Allen Jiménez heißt das: Ohne das Gesetz 840. „Dieses Gesetz verletzt unsere Verfassung, es zerstört unsere Verfassung! Es zerstört die Freiheit, die Menschenrechte, das Recht auf Besitz, das Recht darauf, in Frieden zu leben. Dieses Gesetz händigt die nationale Souveränität an Ausländer aus, es ist grenzenlos.“ Vom konziliannten Ton seiner ersten Sätze ist jetzt nicht mehr viel übrig.

Im Haus von Octavio Ortega in Rivas trifft sich an diesem Nachmittag die lokale Gruppe der Kanalgegner. Es geht um Differenzen mit anderen Gruppen von Kanalgegnern, um Posten und um Einfluss. Das Klein-Klein von Vereinsstrukturen macht auch vor den Gegnern eines der größten Bauprojekte der Welt nicht Halt. Gerade einmal drei Männer sind gekommen: Ein 28-jähriger Tischler und Gewerkschaftsaktivist, ein 34-jähriger Anwalt und der 54-jährige Mario José Allen Jiménez.

„Die Frage ist doch, was haben wir von dem Kanal?“, fragt Allen Jiménez – und gibt die Antwort gleich selbst: „Im Gesetz steht: 100 Millionen Dollar über einem Zeitraum von 10 Jahren – das war’s!“ Dass der Kanal den Nicaraguanern gehöre, sei jedenfalls eine Lüge. „Das ist komplett falsch, er gehört den Chinesen!“, empört sich Allen Jiménez. Dort würden die Gesetze der Chinesen gelten, als Nicaraguaner werde er nicht einmal Zutritt zur Kanalzone haben. „Und das alles, ohne uns zu fragen!“ Allen Jiménez findet, es hätte einen Volksentscheid geben sollen. Stattdessen sei das alles im Sauseschritt gegangen. „Die Regierung vergisst das Volk“, sagt er, „sie glauben, sie seien unsere Besitzer und behandeln uns wie Tiere.“

Mario José Allen Jiménez fühlt sich von Daniel Ortega verraten. Er ist ein pensionierter Hauptmann des Militärs, als junger Mann hat er mit der Guerilla für dieselben Ziele wie Ortega gekämpft, „für ein gerechtes Land“, sagt er. Und jetzt sei es das Gegenteil. „Daniel Ortega ist nicht mehr der Daniel Ortega der achtziger Jahre“, schimpft Allen Jiménez. „Er ist ein Bandit!“ Ortega habe seinen Kurs geändert, er regiere jetzt nur noch für die Wirtschaftsunternehmen und für sich selbst. „Er ist neoliberal, er denkt nur daran, Geld zu machen. Ein korrupter Millionär, ein moderner Diktator.“ Und an die Armen verteile Ortega populistische Geschenke – „um sie nur noch ärmer zu machen“, empört sich Allen Jiménez. Ein Armer brauche aber keine Geschenke, er brauche Arbeit, Kredit, Bildung, Gesundheit. „Je ärmer die Leute sind, desto einfacher ist es, sie zu manipulieren und zu dominieren.“

Dass es den Kanal tatsächlich geben wird, glaubt Allen Jiménez nicht: „Das wird zu meiner Lebzeit nicht passieren.“ Aber die Enteignungen werde es geben. Die betreffenden Grundstücke entlang der geplanten Kanalroute seien schon eingefroren, man könne schon nichts mehr damit anfangen, sie nicht mehr verkaufen. Nicaragua habe nicht einmal diplomatische Beziehungen zu China, sagt Allen Jiménez und schüttelt den Kopf. „Trotzdem überlassen wir unser Land einem unbekanntem chinesischem Unternehmen.“ Die Chinesen, glaubt er, werden Nicaragua besetzen und die Nicaraguaner aus ihrem eigenen Land werfen – weil sie das Gesetz 840 dazu ermächtige. „Das Gesetz ist real – und der Chinese ist der Eigentümer, das können wir nicht ignorieren.“

Mario José Allen Jiménez ist überzeugt: Die Geschichte wiederholt sich. So wie sich die Sandinisten damals gegen die US-Invasion erhoben hätten, so werde sich das Volk jetzt auch wieder erheben. „Es gibt so viel Druck auf dem Kessel, dass er irgendwann explodieren muss. Es braucht ein Ventil“, sagt er. Zur Not bliebe nur die bewaffnete Option. „Das wollen wir nicht, denn wer wären denn dann die Toten?“, fragt Allen Jiménez – und antwortet direkt: „Wir, die Armen. Die Reichen würden doch einfach ihren Koffer packen und das Land verlassen.“ Angst habe er aber keine, er komme ja von denen. „Ich habe mich nicht geändert“, stellt der alte Guerillero klar. „Ich bin immer noch Revolutionär!“

## 12. Der Deutsche

Wer Gerd Schnepel besuchen will, der muss in der kleinen Stadt Nueva Guinea im Südosten Nicaraguas nach dem letzten Waldstück suchen. Nur ein paar Blocks vom Stadtzentrum entfernt, steht das Haus, in dem der Deutsche wohnt, unter großen, alten Bäumen, während draußen auf der Hauptstraße der Verkehr vorbeirauscht. Inmitten des Trubels der Stadt wirkt das Waldgrundstück wie ein Statement: Hier widersetzt sich einer.

Diese Sprache spricht auch das Auto, das hinter dem rostigen Tor auf dem Weg zum Haus steht. Es sieht so aus, als sei es schon länger nicht bewegt worden, über und über ist es mit Blättern und Zweigen bedeckt. Neben einem eingedrückten Rücklicht prangen gleich mehrere Protestaufkleber: Zwei gegen den Kanal – „Alto al canal por Nicaragua!“, stopp dem Kanal durch Nicaragua, und „Nicaragua sin heridas“, Nicaragua ohne Wunden –, aber auch einer gegen Stuttgart 21. Später wird Schnepel dazu sagen: „Das ist la misma lucha – derselbe Kampf.“ Großprojektgegner aller Länder vereinigt euch!

Gerd Schnepel, weißer Stoppelbart, offener Blick, halboffenes Hemd. Man könnte ihn wohl als Revolutionstouristen bezeichnen. Bevor er, der aus Dithmarschen in Schleswig-Holstein stammt und in Erlangen Soziologie und Politologie studiert hat, Anfang der 1980er Jahre nach Nicaragua kam, hatte er in Deutschland eine Art links-autonomer Bilderbuchkarriere hingelegt: Sozialistischer Deutscher Studentenbund, Linker Buchladen in Erlangen, schließlich sogar drei Jahre Revolutionäre Zellen – bis dann Ende der 1970er Jahre die Biolandwirtschaft die Regie in seinem Leben übernommen hat. Darin hat er sich erst in Oberfranken ausbilden lassen, dann für ein Jahr im US-Bundesstaat Washington.

Zwischenzeitlich hatte die Revolution im Juli 1979 aus Nicaragua einen Sehnsuchtsort der internationalen Linken gemacht. „Dass es tatsächlich ge-

lungen ist, in einem allgemeinen Volksaufstand die Diktatorenfamilie und die Guardia Nacional davonzujagen – das war schon sehr beeindruckend“, erinnert sich Schnepel mit ruhiger Stimme. „Sie hatten sich als sozialistische Revolution definiert und angefangen, revolutionäre Ziele umzusetzen, Alphabetisierung, kostenloses Gesundheitswesen und so.“ Zusammen mit ein paar Berliner Freunden fasste er den Entschluss, als Teil der Solidaritätsbewegung nach Nicaragua zu gehen. „Wir wollten sehen: Wie geht das jetzt konkret vonstatten, ein Land nach der Revolution neu aufzubauen?“, erzählt er. Von der Revolution war schon wenige Jahre später nicht mehr viel übrig. Aber Schnepel blieb, lernte hier seine Frau kennen und ist zum Pionier der Biolandwirtschaft in Nicaragua geworden.

Als Schnepel im Januar 1982 mit dem Auto aus den USA in Nicaragua ankam, war dort zunächst alles anders, als er es sich vorgestellt hatte. Die Biolandwirtschaft, in der er eigentlich arbeiten wollte, gab es gar nicht. Und als Ausländer überhaupt eine Arbeit zu bekommen, war kaum möglich. Durch Zufall lernte Schnepel dann einen Pfarrer kennen, der ihm von einer Finca in der Nähe von Nueva Guinea erzählte. So kam Schnepel in diesen Ort, der keine 20 Jahre zuvor gegründet worden war – und gründete zwei Jahre später selbst: Die Finca „La Esperanzita“, kleine Hoffnung. „Die Wiege der Biolandwirtschaft in Nicaragua“, sagt er mit sichtbarem Stolz.

Mittlerweile hat sich um die 50 Hektar große Finca herum die Biobauern-Organisation „Sano y Salvo“ gebildet, was übersetzt gesund und munter heißt. Kleine Grüppchen von Biobauern gehören ihr an, verstreut über die ganze Provinz RAAS, die Autonome Region Südatlantik. Rund 100 Familien – von mehreren zehntausend, die in der Provinz Landwirtschaft betreiben. Insgesamt gebe es inzwischen ein paar tausend Biobauern im Land, vor allem auf der Pazifikseite. Ihre Hauptprodukte: Kaffee, Baumwolle, Sesam, Honig und Kakao. Gerd Schnepel findet: „Das ist bei weitem nicht genug!“

Schnepels Mission: Den Bauern hier die richtige Landwirtschaft für ihre Klima- und Vegetationszone beizubringen. „Sie müssen endlich wegkommen davon, durch Monokulturen und nicht angepasste Produkte selber dazu beizutragen, dass die Bodenfruchtbarkeit den Bach runtergeht – wortwörtlich den Bach runtergeht“, sagt er. Und sie müssten einsehen, dass Agroforestry, also forstliche Landwirtschaft, das richtige für die feuchten Tropen mit ihren extremen Wassermengen und ihrer extremen Hitze sei. Das bedeute, dass die Bauerntätigkeit hier auf Bäumen basieren müsse. „Feuchte Tropen schreien nach Wald, schreien nach Bäumen“, doziert Schnepel, sichtlich in seinem Thema. „Der Boden hält das sonst nicht lange durch, der braucht unbedingt einen Baumbewuchs, sonst wird er weggespült, die Fruchtbarkeit geht verloren und das Land wird langfristig zur Wüste.“

„Kakao, Robusta-Kaffee, Vanille, Araza, Bananen, Pfeffer“, zählt Schnepel auf. „Es gibt 40, 50 verschiedene Produkte, die man da kombinieren kann.“ Und als Alternative zur weit verbreiteten Rinderhaltung haben sie Haarschafe eingeführt. Die seien wesentlich angepasster, erklärt er, brauchten nicht nur Grasweiden, sondern fräßen auch Büsche und Pflanzen aller Art und seien nicht so schwer, weshalb sie die Böden nicht so stark komprimierten. „Die Natur führt uns das ja vor“, sagt Schnepel, „die macht halt Regenwald in den feuchten Tropen. Und dann kommen die Leute und machen die falsche Landwirtschaft, die nicht hierher passt.“ Zu einem Zugeständnis ist er dennoch bereit: In kleinen Mengen könnten die Bauern natürlich auch die traditionellen Produkte produzieren. „Nicaraguaner ohne Mais, Reis und Bohnen sind ja nicht vorstellbar“, sagt er lachend.

Die Anti-Kanal-Bewegung der Bauern, zu der er in engem Kontakt steht, hat Gerd Schnepel positiv überrascht: „Sie sind dadurch viel umweltbewusster geworden, sogar die Rinderbauern fangen an, ein schlechtes Gewissen zu haben“, erzählt er und sieht darin auch einen Ansatzpunkt für seine eigene Arbeit. Das könne eine „Eingangspforte“ sein, um den Bauern bewusst zu machen: „Wenn ihr an dieser Stelle die Umwelt verteidigt, dann müsst ihr das aber auch in eurem eigenen Leben machen – und in eurer eigenen Landwirtschaft“, sagt Schnepel. „Das ist das einzig Positive an der Kanalgeschichte.“

Revolutionär ist Gerd Schnepel irgendwie geblieben. Nur steht er jetzt eben nicht mehr auf der Seite der alten Revolutionäre, die heute fast überall in Nicaragua an der Macht sind. Zusammen mit seiner Frau hat Schnepel eine ganze Reihe Organisationen gegründet, die in Nueva Guinea so etwas wie bürgerliche Oppositionsarbeit leisten: Vom Kleinbauernmarkt bis hin zur Montessori-Schule, die sie auf dem Grundstück direkt nebenan aufgebaut haben und die Schnepels Frau leitet. Dazu eine Stiftung, die die Städtepartnerschaften von Nueva Guinea pflegt – damit nicht das ganze Geld, das aus dem Ausland kommt direkt an die Stadtverwaltung geht. Und an die Regierungspartei.

Seit die Sandinisten bei den Kommunalwahlen vor fünf Jahren die Macht im Ort übernommen haben, sei die Situation im Ort „sehr konfliktiv“, erzählt Schnepel. Im Radio gebe es Rufmord-Kampagnen gegen sie, mit der Behauptung, sie würden Gelder unterschlagen. Und es werde versucht, Mitglieder in ihre Organisationen einzuschleusen, um so die Mehrheitsverhältnisse zu ändern. „Die machen richtig aktiv Propaganda gegen die Zivilgesellschaft, die ihnen nicht passt. Sie hassen jede Art von unabhängiger Initiative“, sagt Schnepel.

Von der linken Regierung in Managua hält der alte Linke nicht mehr viel. „Die haben sich ja bis zur Unkenntlichkeit geändert“, empört er sich, „wahrscheinlich sind sie von Außerirdischen übernommen worden.“ Damals, in den 1980er Jahren, hätten sie schon ziemlich viele Illusionen gehabt und auch ernst genommen, was die Führer der Revolution sagten. „Schlussendlich mussten wir doch wieder einsehen, dass die Versuchungen, die die Macht mit sich bringt, ungeheuer groß sind“, sagt Schnepel ernüchtert. Es sei nochmal bewiesen worden: „Eine Avantgarde, die sich als Vorkämpfer für die Menschen um die Durchsetzung von sozialen Zielen kümmert, das klappt einfach nicht.“ Die „Ortega-Bande“ heute noch als links zu bezeichnen, hält Schnepel jedenfalls für „absurd“. Die Rhetorik sei das einzige, das davon übrig geblieben ist. Und er findet: „Wir sind nach wie vor die Linken.“

Könnte die Bauernbewegung am Ende Ortega und die Sandinisten zu Fall bringen? „Könnte schon“, antwortet Gerd Schnepel zögerlich und wirkt selbst nicht so recht überzeugt von seiner Antwort. „Wenn sie größer wird und auch auf andere Bauernschichten übergreift, die nicht vom Kanal betroffen sind.“ Wovon er aber überzeugt ist: Dass die Bauern die einzigen seien, die das schaffen könnten. Alle anderen, die Stadtbevölkerung und der Staatsapparat, seien abhängig. Die müssten Befehlen gehorchen und tun, was man ihnen von oben vorgebe, sonst verlören sie ihren Job. Deswegen sei auch der Protest gegen den Kanal in den Städten viel geringer. „Die Bauern“, sagt Schnepel, „sind die einzige Bevölkerungsgruppe, die frei ist.“

Ursprünglich wollte Gerd Schnepel nur für ein paar Jahre in Nicaragua bleiben. „Als ich herkam, dachte ich, fünf Jahre, später zehn Jahre, dann gehe ich wieder“, sagt er. „Jetzt sind’s schon 33 und immer noch kein Ende abzusehen.“ Seine Mission hier ist noch nicht beendet, schon bald soll wieder ein Projekt starten. Dessen Ziel: Die Zahl der Familien in der Biobauern-Organisation „Sano y Salvo“ auf ungefähr 300 zu verdreifachen.

„Ich habe mir vorgenommen, es wie Uri Avnery zu machen“, kündigt Schnepel an. Avnery, erklärt er, sei ein israelischer Friedensaktivist und früherer Parlamentsabgeordneter. Der habe gesagt, er weigere sich zu sterben, bevor es nicht einen Friedensvertrag zwischen Israelis und Palästinensern gebe. „Ich mach’s genauso“, sagt Schnepel nun: „Bevor nicht 51 Prozent der Bauern in unserer Provinz Biolandbau machen, weigere ich mich zu sterben.“ Schnepel lacht. „Ich hab ja noch 27 Jahre, bis ich hundert bin – es gibt also noch Aussichten.“

### 13. Die Ureinwohner

Knapp eine Stunde dauert die Bootsfahrt durch die Bucht von Bluefields nach Rama Cay. Am Steuer des langen, schmalen Holzbootes sitzt Abelardo McCrea. Der 60-Jährige ist hoch aufgeschossen, hat einen weiß-grauen Fünftagebart und nicht mehr alle Zähne. Wie ein Indio sieht er nicht aus. Seit acht Jahren ist McCrea Präsident der Gemeinde von Wiring Cay, einer von neun Gemeinden der Rama-Kriol. Die Rama sind eines der indigenen Völker Nicaraguas. Zusammen mit den afrikanisch-stämmigen Kriol haben sie ein autonomes Territorium an der Atlantikküste, etwas größer als die Fläche von Mallorca, und eine eigenständige Regierung.

Rama Cay ist das Zentrum der Rama. Auf der kleinen Insel, die nur so groß ist, wie etwas mehr als 30 Fußballfelder, wohnen rund 2.000 Menschen, dicht an dicht. Kaum ein Fleck ist hier nicht bebaut. Zwischen den Häusern liegt ein Netz aus schmalen betonierten Wegen, rechts und links davon Berge von ausgekochten Muschelschalen und sehr viel Müll. Autos fahren hier keine, Rama Cay ist nur per Boot zu erreichen. Der Stromgenerator, der die Insel versorgt, wird erst am Nachmittag an und um zehn Uhr abends wieder abgeschaltet. Und Netzempfang, den gibt es nur am höchsten Punkt der Insel.

Etwa 50 Kilometer südlich von Rama Cay soll der Kanal verlaufen, mitten durch das Gebiet der Rama-Kriol. Seit fast 30 Jahren kämpft Abelardo McCrea für die Rechte seines Volkes, war auch daran beteiligt, dass die Rama ein Autonomie-Statut bekommen haben. Aus seiner Sicht ist der Autonomie-Prozess zwar immer noch nicht abgeschlossen, ihre Regierung immer noch nicht gleichwertig. Aber das Kanalprojekt hält er für eine existenzielle Bedrohung der Rama.

Der Kanal würde ihr Gebiet in zwei Hälften teilen, ohne Verbindung untereinander. „Wenn ich auf der anderen Seite Verwandte habe, kann ich sie nicht mehr erreichen“, sagt Abelardo McCrea. „Es wird verboten sein, mit dem Boot rüberzufahren.“ Und Bang Kukuk, eine der neun Gemeinden, die ganz in der Nähe der vorgesehenen Kanalmündung in den Atlantik liegt, würde nach den Planungen sogar komplett verschwinden. Für die Menschen dort eine Katastrophe. „Ein Rama darf seine Erde, das Land seiner Vorfahren nicht verlassen“, erklärt McCrea. Das sei Tradition. Er selbst wohnt auch keine zehn Meter von dem Ort entfernt, an dem er geboren wurde. Für den Rama-Führer ist klar: „Wir müssen unser Land verteidigen!“ Die Mestizen würden das Wort gemeinschaftlich gar nicht kennen, nur das Wort individuell. „Das hier ist aber gemeinschaftlicher Boden.“

Dreimal seien sie in Rama Cay vorbeigekommen, erzählt Abelardo McCrea, um Werbung zu machen, wie gut es ihnen hier mit dem Kanal ergehen



würde. Auf einer der Versammlungen habe er gefragt, was sein Volk denn davon hätte. Trabajo, Arbeit, sei die Antwort gewesen. Dann habe er gefragt, ob er auch davon profitieren werde. Nein, hätten sie gesagt, er sei zu alt. Und seine Kinder? Natürlich, wenn sie darauf vorbereitet seien. „Aber welcher Rama ist denn darin ausgebildet, eine dieser großen Maschinen zu steuern?“, fragt McCrea. „Das kann kein Rama, das können nur die Chinesen.“

Abelardo McCreas Nichte, Becky McCrea, ist Justiz-Koordinatorin der Rama. „Als Ureinwohnervolk haben wir spezifische Rechte“, erklärt die Anwältin. Diese Rechte sind in der Verfassung von Nicaragua festgeschrieben: Gesetz 28 regelt die Autonomie der Völker, Gesetz 445 die Abgrenzung und Betitelung ihrer Gebiete. In den Gesetzen steht, dass ihr Land weder verkauft noch beschlagnahmt werden könne.

Umso mehr empört es Becky McCrea, wie die Regierung mit diesen Rechten in der Kanalfrage umgeht. „Das Gesetz 840 wurde hinter dem Rücken der Ureinwohner geschaffen“, sagt sie. „Es wurde verabschiedet, ohne uns hinzuzuziehen.“ McCrea redet leise, will offenbar nicht, dass die anderen Gäste im Café sie hören. Ihr Volk sei nicht einmal informiert worden, dabei betreffe der Kanal sie unmittelbar. „Das ist ein sehr anschauliches Beispiel dafür, wie die Regierung mit unserem Recht auf Autonomie und Selbstbestimmung umgeht“, sagt McCrea. Laut Gesetz hätte es eine freie und informierte Einwilligung geben müssen. Denn Autonomie bedeute doch, das Recht zu haben, eigene Entscheidungen über gemeinschaftliche und territoriale Angelegenheiten zu treffen.

Becky McCrea war selbst dabei an jenem Tag, als das Gesetz im Parlament verabschiedet wurde. „Wir saßen da und konnten nichts machen“, erinnert sie sich. Einer der Abgeordneten, der damals mit abgestimmt hat, ist Brooklyn Rivera. Er gehört den Miskito an, einem Ureinwohner-Volk, das an der nördlichen Atlantikküste im Grenzgebiet zu Honduras lebt. Rivera erzählt, er sei damals nicht damit einverstanden gewesen, dass es Enteignungen und keine Anhörung der Ureinwohner geben sollte. Sein Antrag, diese beiden Punkte zu ändern, sei jedoch abgelehnt worden – mit der Begründung: Das sei so mit dem chinesischen Investor ausgehandelt, man könne deshalb kein einziges Komma mehr ändern. Auch eine sandinistische Abgeordnete habe Zweifel gehabt und sich deshalb in der Abstimmung enthalten, berichtet Rivera. Am nächsten Tag sei sie von ihren eigenen Parteigenossen aus dem Parlament geworfen worden.

Zwei Jahre später hat Brooklyn Rivera das gleiche erlebt. Er hatte Wahlbetrug angeprangert und das auch vor die UNO in New York gebracht. Das Ausschlussverfahren im Parlament wenige Wochen danach dauerte nicht einmal zwei Stunden. Seit der Wahl im November ist er nun wieder zurück – als einziger Vertreter der Ureinwohner und sehr zum Missfallen der Re-

gierungspartei. „Sie wollen mich isolieren und neutralisieren“, sagt Rivera. Er bekomme keine Arbeitsmittel, nicht einmal ein Büro. Dabei sieht sich der bürolose Abgeordnete gar nicht als Oppositioneller: „Ich bin nur ein Verteidiger der Rechte der Ureinwohner“, sagt er. Die Bedingungen seien schwierig, aber der Kampf müsse weitergehen. „Dafür bin ich gewählt worden, das mache ich jetzt auch zu Ende.“

Nach der Parlamentsentscheidung haben die Rama um Anwältin Becky McCrea Klage beim Obersten Gerichtshof eingereicht, weil das Gesetz ihre von der Verfassung garantierten Rechte verletze und damit verfassungswidrig sei. Die Antwort des Gerichts: Von Rechtsverletzung könne keine Rede sein, man wisse ja gar nicht, ob der Kanal am Ende tatsächlich durch das Territorium der Rama-Kriol verlaufen werde.

Und dann ist es der nicaraguanischen Regierung auch noch gelungen, Hector Thomas, den Präsidenten der GTR-K, der eigenständigen Regierung des Territoriums der Rama und Kriol, auf ihre Seite zu ziehen. Er hat einen Vertrag unterschrieben, der dem Staat das Gebiet für den Kanalbau auf unbefristete Zeit abtritt. Dafür soll er Geld bekommen haben. Rein juristisch ändere sich durch die Unterschrift gar nichts, erläutert Becky McCrea. Der Präsident habe ohne Einverständnis des Volkes unterschrieben, das sei eine persönliche und politische Entscheidung gewesen, die sich nicht auf eine gemeinschaftliche Entscheidung gestützt habe. „Er ist ein Verbündeter der Regierung, ein Sandinist.“

Als Belohnung für die Unterschrift des Präsidenten hat Rama Cay dutzende neue Häuser bekommen. Metallgerippe mit Spanplatten verkleidet, jedes in einer anderen knalligen Farbe. Kunterbunt stehen die Neubauten nun zwischen den alten Pfahlbauten aus Holz. Fertigteilreihen Häuser für die Tropeninsel. Eines von ihnen haben sie Abelardo McCrea und seiner Familie direkt vor die Nase gesetzt, etwas mehr als eine Armlänge nur vom Geländer seiner Veranda entfernt. Der alte Weg zum Haus und der Ausgang zur Veranda mussten den Betonpfählen des Neubaus weichen. „Die Regierung mag die Dinge nicht, die vorher da waren“, sagt McCrea. „Alles muss sandinistisch sein.“

Eigentlich sollte auch seine Familie zwei Häuser zugeteilt bekommen. Dazu kam es aber nicht. „Ich bin halt kein Sandinist.“ McCrea zuckt mit den Schultern. „So ist die Politik.“ Seine Frau hätte schon gern eines der Häuser bekommen, er selbst gibt vor, die Häuser ohnehin für Schund zu halten. „Wer wirklich ein Herz für die Armen hat“, schimpft er, „der schenkt ihnen ein richtiges Haus, keines aus Karton. Eines, in dem auch die Kinder und Enkelkinder noch wohnen können, keines, das nur sechs Monate hält.“

Seine Nichte erzählt, dass den Rama auch Schulen und Gesundheitszentren für ihre Dörfer versprochen wurden. Eine Tatsache, die die Anwältin,

die sonst ganz ruhig spricht, lauter werden lässt. „Wir müssen doch nicht mit unserem Land verhandeln, um soziale Projekte oder eine Schule zu bekommen“, sagt sie. „Das Recht haben wir sowieso!“

Es gibt Studien darüber, wie sich das Kanalprojekt auf die Rama auswirken könnte: Nicht nur die Sprache ihrer Vorfahren, die nur noch wenige Dutzend Rama fließend sprechen, könnte endgültig verloren gehen. „Wir sind die kleinste Nation der Welt“, sagt Becky McCrea, „wir sind vom Aussterben bedroht.“ Der Kanal werde die Wälder zerstören, die Lunge Mittelamerikas, die Naturressource, von denen das Überleben ihres Volkes abhängen. „Es gibt sehr viel mehr negative als positive Auswirkungen“, ist McCrea überzeugt. Das Problem sei aber, dass die Menschen oft keinen Zugang zu diesen Informationen haben – und wenn es Zugang gebe, dann nur über dritte Personen und auf Spanisch. „Bisher haben wir alle Informationen übers Fernsehen bekommen“, sagt McCrea. Und das, was dort gesendet werde, seien keine Informationen – das sei Werbung.

International präsentiere sich das Land immer sehr stolz, ein Autonomie-Statut für die Ureinwohner-Völker zu haben. Für die Anwältin liegt die Sache aber klar: „Der Staat Nicaragua ignoriert unsere Rechte.“ Weil sie vor den Gerichten in Nicaragua keine Chance mehr sahen, Recht zu bekommen, haben sie sich an die Interamerikanische Kommission für Menschenrechte in Washington D.C. gewandt und die Aufhebung von Gesetz 840 beantragt. Auch in der Verhandlung dort habe sich der Vertreter des Staates Nicaragua wieder auf die Gesetze 28 und 445 berufen und gesagt, es habe eine Anhörung der Ureinwohner gegeben. Becky McCrea ist sich sicher: „Die haben nie gewollt, dass wir wirklich die Kontrolle über unser Territorium haben.“ Was die Regierung tatsächlich wolle, sei, sich die Gebiete der Ureinwohner unter den Nagel zu reißen.

Das glaubt auch ihr Onkel Abelardo McCrea: „Auf die Regierung können wir uns nicht verlassen. Wir müssen unsere Rechte international einfordern.“ Er sitzt auf seiner Veranda, mit Aussicht auf die farbige Wand seiner neuen Nachbarn. In der Hand hält er ein batteriebetriebenes Radio und hört Nachrichten. Irgendwo im Haus hat McCrea eine zerknitterte Broschüre aus dem Jahr 2014 gefunden. Auf dem Titelbild: Ein riesiges Containerschiff. „Solche Schiffe sollen durch Nicaragua fahren.“ Der Rama-Führer atmet hörbar aus und schüttelt den Kopf. „Verrückter Chinese!“

## 14. Fluch oder Segen?

Ist das Kanalprojekt Fluch oder Segen für Nicaragua? Mit dieser Frage im Gepäck hatte ich mich auf die Reise gemacht. Eine eindeutige Antwort habe ich nicht gefunden.

Eines ist klar: Wenn der Kanal tatsächlich gebaut würde, wären die Auswirkungen enorm, Nicaragua wäre danach wohl nicht mehr dasselbe Land, das es heute ist und das ich während meiner Wochen dort kennengelernt habe. Die Versprechungen des Präsidenten und seiner Getreuen dürften sich kaum erfüllen. Auch der langersehnte Kanal wäre für das Land und dessen Einwohner wohl nicht der Weg aus der Armut, nur wenige Nicaraguaner würden wohl tatsächlich von ihm profitieren. Die Folgen für Menschen und Natur entlang der geplanten Kanalroute dagegen wären verheerend. Nachdem inzwischen aber die Hälfte der angepeilten Bauzeit verstrichen ist, ohne dass auch nur ein Kanal-Meter in den Boden von Nicaragua gegraben wurde, glauben Viele gar nicht mehr daran, dass es diesen Kanal jemals geben wird. Der ehrgeizige Plan eines „Gran Canal Interoceánico“ durch Nicaragua könnte an sich selbst scheitern, an den gigantischen technischen und wirtschaftlichen Herausforderungen, an seiner unberechenbaren Größe.

Beobachter sehen das ganze Vorhaben sowieso eher als „Bereicherungsprojekt“ und als „Instrument, sich des Grund und Bodens für Immobilienprojekte zu bemächtigen“. Denn im Gegensatz zum Großen Kanal erscheinen die vielen in der Konzession festgeschriebenen Subprojekte durchaus als gewinnbringend. Neben dem chinesischen Investor würden davon vor allem der Präsident und seine Familie profitieren. Nach Recherchen der Online-Zeitung *Confidencial* verfügen die Ortegas schon jetzt über große Ländereien in der künftigen Kanalzone. Und mit dem Konzessionsgesetz haben sie und der chinesische Geschäftsmann sich auch nahezu unbegrenzte Rechte am übrigen Land gesichert. Ob mit oder ohne Kanal: Der Präsident würde also in jedem Fall profitieren.

Je länger Ortega an der Macht ist, je uneingeschränkter diese ist und je gefestigter sie scheint, desto selbstsicherer und rücksichtsloser tritt er auf. Viele Nicaraguaner vertrauen ihm immer noch, haben keinen Zugang zu anderen Informationsquellen als den von der Regierung kontrollierten oder hängen von den Almosen des Regimes ab. Aber es ist auch deutlicher Unmut im Land zu spüren. Im Taxi, im Hostel oder in der Bar. Zu deutlich legt das Kanalprojekt offen, wie schamlos dieser Präsident und seine Getreuen Gesetze zum eigenen Vorteil biegen und beugen, mit welchen Methoden er und seine Familie sich des Landes und ihrer Landsleute bemächtigen.

Darin könnte vielleicht auch eine Chance liegen: Dass der Ortega-Clan mit seinem Kanalprojekt und der Repression der Kanalgegner den Bogen

überspannt hat. Dass sich aus der existenziellen Sorge vieler Menschen entlang der Kanalroute eine ernstzunehmende Widerstandsbewegung entwickelt. So könnte aus dem Fluch eines größtenwahnsinnigen, natur- und lebensraumzerstörenden Mega-Projekts am Ende vielleicht doch ein Segen für das kleine Nicaragua werden.